

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 8,75 Zl., monatlich 3 Zl. In den Ausgabestellen monatlich 2,75 Zl. Bei Postbezug vierteljährlich 9,33 Zl., monatlich 3,11 Zl. Unter Streifenband in Polen monatlich 5 Zl., Danzig 3 Gulden. Deutschland 2,5 Rentenmark. — Einzelnummer 20 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelleile 20 Groschen, die 40 mm breite Reklamezeile 100 Groschen, Danzig 20 bis 100 Da. Pl. Deutschland 20 bzw. 100 Goldpf., übriges Ausland 100 %. Aufschlag. — Bei Plakatschriften und schwierigerem Satz 50 %, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 50 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postfachkonten: Stettin 1847, Polen 202157.

Nr. 55.

Bromberg, Sonnabend den 7. März 1925.

49. Jahrg.

Gedanken zum Wechsel in der Reichspräsidenschaft.

Berliner Brief.

3. März.

Wer die Presseäußerungen über den verstorbenen Reichspräsidenten überblickt, und zahllose Unterhaltungen aus diesen letzten Tagen im Gedächtnis zusammenfaßt, findet ein vielgestaltiges Bild. Fast durchgängig kommt eine harte Achtung für die Persönlichkeit Eberts zum Ausdruck, auch dort, wo die politische Gegnerschaft mit mehr oder weniger Takt nicht verschwiegen wird. Eine kraße Ausnahme machen nur die Kommunisten. Die „rote Fahne“ bringt es fertig, ihren Nachruf, wenn man dieses Wort in diesem Zusammenhang anwenden darf, mit folgendem Satz zu schließen: „Fritz Ebert, das ist ein Fluch auf Millionen Lippen, und dieser Fluch übertönt das Glockengeläute, das ihm das offizielle Deutschland, das Deutschland der wilhelminischen Generale, der Junker, Industriemänner, Buchhalter, Spekulanten, Schieber, Klassenrichter und politischen Karriereschinder nachhimmelt.“ Die Feder sträubt sich, auch nur referierend diese Leichenrede wiederzugeben. Aber es ist angebracht, die Geistesart dieser Männer, die der Welt das Heil der proletarischen Revolution bringen wollen, an einem solchen Beispiel zu zeigen. Demgegenüber verschwindet, was anderwärts an kleinen Entlassungen vorgekommen ist. Es war zweifellos eine heiklere Aufgabe, die der Reichspräsident gestellt wurde. Mit der Formel „de mortuis nil nisi bene“ ließ sie sich einem Manne gegenüber von der Bedeutung Fritz Eberts nicht lösen. Dazu kommt, daß die demokratische Presse es den Kollegen von der Rechten nicht gerade leicht macht, Zurückhaltung zu üben, wenn sie, wie die „Vossische Zeitung“, den schlichten und würdigen Nachruf der Reichsregierung dahin auslegt, daß damit die deutschen nationalen Minister die völlige Abwegigkeit der bisherigen deutsch-nationalen Politik zugegeben hätten. Uns scheint in dieser Stunde das einzig Entscheidende, was Stresemann in seinem Gedächtnisaufsatz in der „Zeit“ ausführt. „Alle, die ihn kannten“, heißt es dort, „wußten, daß dieser Mann, der zwei Söhne dem Vaterlande hingegeben und es abgelehnt hatte, auch nur eine Zeile zu schreiben, um den dritten Sohn aus der Feuerlinie freizubekommen, innerlich unfähig war, Landesverrat zu begehen. Sie wußten, daß der damalige Reichstagsabgeordnete Ebert sich in dem unglücklichen Jahre 1918 in einer Konferenz unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Hirth bitter darüber beklagte, daß in der Armee nicht mehr die alte Disziplin herrsche, und warnend darauf hinwies, daß das Reich zusammenbrechen müsse, wenn die Armee nicht so bleibe wie früher.“ Man sollte im Lager der Rechten bei der Würdigung der Persönlichkeit Eberts noch eines nicht vergessen. Als der Schule eben erwachsener, noch unreifer Jüngling kam er unter den geistigen Einfluß der Sozialdemokratie. Ein Menschenalter lang ist er in einer Atmosphäre aufgewachsen, in der die Todfeindschaft gegen das Bestehende und die Verachtung oder doch Mißachtung des nationalen Gedankens gepredigt wurde. Vielleicht ist die moralische Leistung eines solchen Mannes, sich die instinkthafte Vaterlandsliebe zu bewahren und sie im entscheidenden Augenblick in seiner Art zu bewahren, höher zu bewerten, als die manches anderen, dem der nationale Gedanke nie zum Problem geworden ist. Ob die Art, wie er seinem Vaterland gedient hat, stets die rechte gewesen ist, ob die Recht haben, die in seinem Verhalten beim Munitionsarbeiterstreik zwar alles andere als bewussten Landesverrat, aber doch einen gewissen Mangel an entschlossenem Führerwillen erblickten, wird auch der so oft angerufene Richterpruch der Geschichte nicht eindeutig entscheiden. Das Urteil wird je nach Weltanschauung stets verschieden ausfallen. Daß ein reines vaterländisches Wollen ihn in seiner Haltung beim Munitionsarbeiterstreik geleitet hat, ist unbestreitbar. Demgegenüber ist es völlig belanglos, ob das viel besprochene Magdeburger Urteil juristisch haltbar ist oder nicht. Zwei geschichtliche Verdienste wird man bei aller Vorsicht des Urteils schon heute festhalten dürfen. Ebert hat aus schließlich dazu beigetragen, daß nicht im Winter 1918/19 der Bolschewismus über Deutschland zusammengeschlagen ist und er hat, nachdem einmal nicht mehr ein deutscher Kaiser das Reich repräsentierte, dem von ihm zum erstenmal bekleideten Amt eine unaufhörliche Würde gegeben, wohl am meisten dadurch, daß er klug und bescheiden verfuhr, am meisten dadurch, daß er klug und bescheiden verfuhr, am meisten dadurch, daß er klug und bescheiden verfuhr.

Es stand fest, daß im Laufe des Jahres 1925 die Neuwahl des Reichspräsidenten stattfinden werde. Ebert hatte wiederholt seinen unabänderlichen Entschluß geäußert, nicht erneut zu kandidieren. — Vielleicht trifft übrigens die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ das Richtige, wenn sie gerade im Hinblick hierauf den Tod Eberts als verhängnisvollen Verlust für die Sozialdemokratie ansieht, der nun für die unausschließliche Reinigung ihrer Reihen die Autorität der lauterer Persönlichkeit Eberts fehlen werde. —

Die Neuwahl des Präsidenten eröffnet eine Reihe schweriger und interessanter Probleme. Wenn das Ausland das deutsche Staatsleben an einem Wendepunkt glaubt, dann hat es zwar mit seiner Begründung Unrecht, in der Hauptursache selbst kann man beipflichten. Falsch ist es, daß der Tod Eberts und die Persönlichkeit des künftigen Präsidenten irgendwie bedeutsam sind für das, was man die Demokratisierung Deutschlands zu nennen beliebt. Wichtig ist aber, daß für die Entwicklung des innerdeutschen Verfassungslebens die Wahl von allergrößter Bedeutung ist. Das deutsche Volk wird zum ersten Mal in unmittelbarer Wahl sich für eine einzelne Persönlichkeit zu erklären haben. Das Proporzsystem bei der Reichstagswahl stellt die Verhältnisse hierauf den Wahlleuten für Wahlleuten, ohne ihr einen Einfluß auf Nominierung der Kandidaten zu geben. Das gibt der deutschen Parlamentarismus ihre unpersonliche Note. Eine Note, die übrigens nicht logisch mit dem Proporzsystem verknüpft sein muß. Vielmehr ist es möglich, wie es in Belgien geschieht, trotz Listenwahlrecht dem Wähler die Auswahl zwischen mehreren Kandidaten zu

geben. Es wird für die Erkenntnis der politischen Struktur des deutschen Volkes von allerhöchstem Interesse sein, wie der deutsche Wähler in diesem Falle den Parolen der Parteien folgen wird. Nach dem Wahlgang gilt im ersten Wahlgang als gewählt nur der Kandidat, der mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen erhält. Gewinnt keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit, so findet ein zweiter Wahlgang statt, in dem dann der als gewählt gilt, der verhältnismäßig am meisten Stimmen auf sich vereinigt. Im Gegensatz zu der absoluten Stichwahl des früheren deutschen Reichstagswahlrechts, bei dem Stichwahlen zwischen den beiden Kandidaten stattfanden, die an erster Stelle standen, können bei der Präsidentenwahl im zweiten Wahlgang alle Kandidaten nochmals aufgestellt werden, und es steht der ob, der die relative Mehrheit der Stimmen erhält. Im günstigsten Falle dürften vier Kandidaten aufgestellt werden, je ein Kandidat der Kommunisten und der Deutschvölkischen und je ein Kandidat der Schwarz-rot-goldenen (Demokraten, Sozialdemokraten, Zentrum) und der Schwarz-weiß-rotten (Deutsche Volkspartei und Deutsch-nationale) Koalition. Es ist aber durchaus möglich, daß eine Einigung innerhalb der genannten Gruppierungen für den ersten Wahlgang nicht stattfinden wird, so daß mit der Aufstellung von etwa sieben Kandidaten zu rechnen wäre. Es besteht theoretisch und nach Lage der Dinge auch praktisch die Möglichkeit, daß der neue Reichspräsident mit einer Minderheit von nur 30 Prozent aller abgegebenen Stimmen rechtsmäßig gewählt wird. Darin liegt eine Gefahr, die an die Wurzel des deutschen Verfassungsproblems greift. Deutschland hat kein Zwei-Parteiensystem und wird es nie haben und selbst die Möglichkeit, das feste natürliche Koalitionsgruppen sich herausbilden und in der Regierung abwechseln werden, ist gering. Gegenüber der Unstabilität der Parteiverhältnisse ist ein starker Reichspräsident eine dringende Notwendigkeit für das deutsche Verfassungsleben.

Die Rechte des Präsidenten sind formell nicht groß. Aber er ist durch sieben Jahre der einzige feste Punkt in dem wirren Durcheinander der Parteien und Regierungen gewesen. Ihm gebührt in entscheidenden Augenblicken die Initiative. Man darf bei der Beurteilung der Leistungen des verstorbenen Präsidenten nicht vergessen, daß er nicht vom Volke, sondern vom Parlament gewählt war. So fehlte ihm die selbständige unmittelbar auf den Volkswillen gestützte Autorität gegenüber dem Parlament. Manche Regierungen wäre vielleicht schneller und glücklicher gelöst worden, wenn Ebert nicht im Bewußtsein seiner nur abgeleiteten Autorität eine oft übergrößen Zurückhaltung geübt hätte. Man hat dem deutschen Präsidenten in der Verfassung bewußt nicht die Machtbefugnis gegeben, wie sie der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika besitzt. Er ernannt zwar Reichskanzler und Minister, ist aber gezwungen, ihre Entlassung anzunehmen, wenn das Parlament ihnen das Vertrauen entzieht. Nicht er, sondern der Reichskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik des Reiches. Formal rechtlich gesehen besitzt der Präsident etwa die Befugnisse, wie sie der Kaiser im alten Reich besaß, nur daß der Kaiser aus der alten Tradition der Monarchie heraus ein tatsächliches Gewicht besaß, das über die Bestimmungen der geschriebenen Verfassung hinausging. Wenn im kaiserlichen Deutschland kein parlamentarischer Regierungssystem herrschte, so lag dies nicht, wie oft fälschlich angenommen wurde und noch angenommen wird, an den Bestimmungen der Verfassungsurkunde, an dem sogenannten alten Regime, sondern es lag daran, daß der Reichstag es nie zu einer festen und durch politische Ziele zusammengehaltenen Mehrheit gebrückt hatte, die stark genug war, ihren politischen Willen auch der Krone aufzuzwingen. In den vergangenen fünf Jahren ist der Beweis dafür nicht erbracht worden, daß das Parlament ungenötigt durch die traditionelle Stellung eines Monarchen zu klarer Willensbildung kommen kann. Es hat sich vielmehr gezeigt, daß die Schwierigkeit des deutschen Parteilebens in der deutschen Eigenart tief begründet liegt. Das deutsche Volk ist noch weniger als andere dazu geeignet, im Parteiensystem den richtigen und einzigen Ausdruck seines politischen Willens zu finden. Deutschland braucht einen innerpolitischen Machtfaktor, der selbständig neben dem Parlament stehend mit vorzüglicher Zurückhaltung zwar, aber doch sicherer Bestimmtheit tagtäglich auf einen Ausgleich der widerstrebenden Parteieninteressen bedacht ist. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet hat die Neuwahl des Reichspräsidenten entscheidende Bedeutung für die Zukunft des Deutschen Reiches.

Deutschland und die Sicherheitsfrage.

Das Völkische Telegraphenbüro meldet halbamtlich:

Über den augenblicklichen Stand der Sicherheitsfrage wird uns von unterrichteter Seite folgendes mitgeteilt:

Es entspricht nur dem Stande der außenpolitischen Entwicklung, wenn in den letzten Monaten bei den diplomatischen Konversationen unserer Missionen in den alliierten Hauptstädten neben den anderen akuten Fragen auch das Sicherheitsproblem eine große Rolle gespielt hat.

Die Reichsregierung hat sich in der Tat an den seit längerer Zeit im Gange befindlichen internationalen Erörterungen aktiv beteiligt.

Die Behauptung des diplomatischen Redakteurs der „Agence Havas“, daß Deutschland um die Vermittlung der englischen Regierung für die Weitergabe eines deutschen Angebotes nachgesucht und daß Herr Chamberlain eine dergestaltige Vermittlung offiziell abgelehnt habe, entspricht indes nicht den Tatsachen.

Die Reichsregierung hat vielmehr von sich aus allen beteiligten alliierten Regierungen ihre grundsätzliche Ansicht mitgeteilt und dabei auf die mannigfachen Möglichkeiten hingewiesen, die nach deutscher Auffassung für eine Lösung des Sicherheitsproblems bestehen würden. Hierbei ist weder von endgültig formulierten Vorschlägen noch auch von einem Antrag auf förmliche Verhandlungen die Rede gewesen.

Zu einer Diskussion über bestimmte Projekte eines Sicherheitspaktes ist es, wenigstens soweit Deutschland beteiligt ist, noch keineswegs gekommen, und es läßt sich im

Der Ploty (Gulden) am 6. März

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags.)

Danzig: 1 Dollar 5,21 Gulden

100 Ploty 101,50 Gulden

Warschau: 1 Dollar 5,20 Ploty

1 Danz. Gulden 0,98 1/2 Ploty

Sant Polski zahlte heute für 1 Dollar 5,16—5,16 1/2

1 Reichsmark 1,23 1/2—1,24 1/2 Ploty

Augenblick auch noch nicht übersehen, ob und wann es dazu kommen wird.

Bei diesem Stande der Dinge ist es nicht möglich, konkretere Einzelheiten anzugeben. Bei einer internationalen Erörterung dieser Art, die sich durchaus im Fluss befindet, würde das Herausgreifen einzelner Gedanken und Gesichtspunkte nur ein unklares, wenn nicht irreführendes Bild geben. Damit wäre weder einer sachgemäßen Information der Öffentlichkeit noch auch dem Fortschritt der Angelegenheit selbst gedient.

In einer Note der Agence Havas war vor kurzem u. a. behauptet worden, daß der deutsche Votschaffer in Paris vor zwei Wochen dem Ministerpräsidenten Gerriot eine Verbalnote unterbreitet habe, in der die Ansicht seiner Regierung wiedergegeben war. Diese Note wurde gleichzeitig in London, Rom und Brüssel unterbreitet.

Nach dem Inhalt dieses Vorschlags sollten sich die fünf Signatarmächte, Deutschland, England, Italien, Frankreich und Belgien verpflichten, gegenseitig den Frieden zu garantieren, indem sie die Rheingrenze respektieren. Schon Reichskanzler Cuno, so führt der diplomatische Redakteur der „Agence Havas“ fort, hat ein ähnliches Angebot durch Vermittlung der Vereinigten Staaten gemacht. Aber dieser deutsche Vorschlag enthielt ein vollständig neues Element, dazu bestimmt, auf den ersten Blick den grundsätzlichen Einwand hinsichtlich der deutschen Disposition zu erheben. Um scheinbar diesen Einwand jetzt zu beseitigen, scheint das Memorandum den gegenseitigen Abschluß von obligatorischen Schiedsgerichtsverträgen zwischen dem Deutschen Reich und seinen beiden östlichen Nachbarn, Polen und der Tschechoslowakei, vorzusehen.

Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet aus Prag, 5. 3.: Das Angebot Deutschlands bildete gestern das Tagesgespräch in den Wandelgängen des Parlaments. In den Koalitionsparteien verheißt man sich nicht, daß dieses Angebot einen bedeutenden Fortschritt in der Pazifizierung Europas bedeuten könnte.

Um die Frage der russisch-englischen Verhandlungen.

(Von unserem Londoner Berichterstatter.)

DE. London, 1. März.

Aufmerksam verfolgt die englische Presse und Öffentlichkeit die Entwicklung der russischen Politik. Besonderes Interesse wird für die Bauernfrage gezeigt, in der man das Problem der russischen Wirtschaft und Politik schlecht hin erblickt. Soweit die englischen Blätter, wie beispielsweise die „Times“, eigene Korrespondenten in Rußland haben, bringen sie spaltenlange Berichte über aktuelle Fragen. Aber selbst die mittleren und kleineren Provinzblätter verzeichnen mit systematischer Genauigkeit alles, was sich im Sowjetreich auf politischem oder wirtschaftlichem Gebiete vollzieht. Gegenüber diesem aktiven Interesse der Öffentlichkeit an den Vorgängen in Rußland steht die Passivität der amtlichen und parlamentarischen Kreise im scharfen Gegensatz. Zwar wird von Zeit zu Zeit von verschiedenen Abgeordneten, meistens vom sowjetfreundlichen liberalen Unterhausmitglied Kentworth, die Regierung befragt, ob es richtig sei, daß neue Verhandlungsvorschläge der Sowjetregierung dem britischen Kabinett vorgelegt seien. Prompt wird aber darauf entweder von Chamberlain oder seinem Stellvertreter McNeill die föhliche Antwort erteilt, daß die Regierung von solchen neuen Vorschlägen nichts wisse. Falls aber von der Sowjetregierung neue Vorschläge gemacht werden sollten, würde die englische Regierung sie einer genauen Prüfung unterziehen.

Diese Passivität der englischen Regierung in der russischen Frage entspricht der Abneigung Baldwin gegen jegliche überstürzte Politik. Als er die Regierung übernahm, versprach er die Einleitung einer Politik der Vorsicht und Stabilität. Nach den aufseherregenden Worten und Taten der Regierung MacDonald hat sich tatsächlich in englischen politischen Kreisen das Bedürfnis nach Ruhe stark bemerkbar gemacht. „In England“, schreiben kürzlich die „Times“, „besteht keine Neigung, sofortige entscheidende Beschlüsse in Fragen zu fassen, die die nächste Zukunft der Welt betreffen.“ In diesen Worten ist die abwartende Politik der Regierung Baldwin am klarsten gekennzeichnet.

Auch die Rücksicht auf Amerika, das anscheinend in seiner Einstellung zu Sowjetrußland immer noch schwankt, bedingt wohl zu einem großen Teil die Zurückhaltung Englands. Es ist durchaus möglich, daß die beiden angelsächsischen Mächte in der russischen Frage vereint vorgehen wollen. Der neuernannte amerikanische Staatssekretär Kellogg, der bisherige Londoner Votschaffer, wird, wie anzunehmen ist, auch diese Frage vor seiner Abreise nach Washington mit dem englischen Kabinett durchgesprochen haben.

Aber auch die englischen Parteien haben keine Veranlassung, eine sofortige Entscheidung in der russischen Frage herbeizuführen. Die Konservativen, die ihre Wahlerfolge zum Teil der leidenschaftlichen Kampagne gegen den englisch-russischen Vertrag verdanken, stehen der Sowjetregierung immer noch sehr fehl gegenüber, um so mehr, als in der von ihnen gestellten Regierung solche zweifelhafte Freunde Sowjetrußlands, wie Churchill und Curzon, in wichtigen Ämtern sitzen und zweifellos einen antifowjetisti-

ischen Einfluss ausüben. Die Liberalen sind nach der katastrophalen Niederlage bei den letzten Wahlen völlig mit organisatorischen Fragen und Maßnahmen zum Wiederaufbau der Partei beschäftigt und verspüren wenig Neigung, ihre in letzter Zeit besser gewordenen Chancen durch eine Parteinahe für die Sowjetregierung nachteilig zu beeinflussen. Auch der wachsende Einfluss Lloyd Georges, der sich bei den Wahlen im November völlig auf eine antirussische Politik festgelegt hat, spielt dabei eine große Rolle.

Die Arbeiterpartei endlich ist durch einen inneren Zwist in ihrer politischen Aktivität stark gehemmt und ist überdies bemüht, den unangenehmen Eindruck, den der merkwürdige Eifer der englischen Gewerkschaftsdelegation bei ihrer Moskauer Reise in allen Kreisen Englands gemacht hat, zu beseitigen. Das Hauptargument der Arbeiterpartei bei ihrer Kampagne für einen englisch-russischen Vertrag — die Bedeutung Russlands als Absatzmarkt für englische Waren — ist angeht, dass sich verschärfenden russischen Wirtschaftskrise so gut wie hinfällig geworden. Die ständig wachsenden russischen Mehlkäufe in England, Kanada und den Vereinigten Staaten, sowie die Ankündigung großer russischer Getreidekäufe im Ausland, haben auch in den Kreisen der Arbeiterpartei stark ernüchternd gewirkt. Die Erkenntnis, dass Russland infolge seiner überaus prekären Finanzlage als Absatzmarkt nur in sehr geringem Maße in Frage komme, gewinnt immer mehr an Boden.

Die Anerkennung Russlands durch Japan und der Abschluss des russisch-japanischen Vertrages hat in England wenig Eindruck gemacht. Bei der traditionellen britisch-japanischen Freundschaft begt man in England, wenigstens vorläufig, keine Besorgnisse wegen des in Amerika vielfach erörterten Gedankens eines asiatischen Blocks Russland-Japan-China.

Nach Äußerungen maßgebender englischer Politiker und Blätter ist wohl als sicher anzunehmen, dass neue russisch-englische Verhandlungen erst nach Abgabe bestimmter Erklärungen seitens der Sowjetregierung eingeleitet werden sollen. An eine einfache Wiederaufnahme der Verhandlungen ist angeht, dass der Lage nicht zu denken. Jedenfalls ist man nicht gesonnen, die Verhandlungen auf den alten Grundlagen wieder anzuknüpfen, auf denen der englisch-russische Vertrag MacDonalds beruhte. Die Erklärungen der Sowjetregierung, die zur Bedingung einer Verhandlungsaufnahme gemacht werden, sollen nach authentischen Informationen drei Fragenkomplexe behandeln — die Schuldenfrage, die Rechtsgrundlagen des britischen Handels in Russland und die Propagandatätigkeit der kommunistischen Internationale. Besonders in der letzten Frage werden von englischen politischen Kreisen völlig ausreichende Sicherheiten gefordert. Aber auch die grundsätzliche Anerkennung der russischen Schulden an England und die Rechtsgarantien für den englischen Kaufmann in Sowjetrußland müssen nach englischer Auffassung eine vollauf befriedigende Lösung finden.

Zur Reichspräsidentenwahl.

Die Frage der Reichspräsidentenwahl befindet sich im Schoße der Parteien noch immer im Stadium der Erwägungen. Feste Vorschläge sind noch nirgends an die Öffentlichkeit getreten, was sich ja genügend daraus erklärt, dass jede Partei, wenn sie Erfolg haben will, bestrebt sein muß, sich mit anderen zu einer starken Gruppe zu vereinigen, was selbstverständlich Vorarbeit erfordert. In Bayern lenkt sich neuerdings die Aufmerksamkeit auf den früheren Reichskanzler Cuno, der in einer Versammlung, der u. a. der Ministerpräsident Heß und der bekannte Bauernführer Dr. Heim bewohnten, stark in den Vordergrund geschoben wurde. Man rechnet in Kreisen der Bayerischen Volkspartei damit, daß Cuno auch die Unterstützung der Rechtsparteien finden wird. Die Demokraten treten sehr für Marx und Doebe ein. Man erwartet, daß die republikanischen Parteien sich auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen. Die Sozialdemokraten sind sich über ihre Haltung noch nicht ganz klar. Einen eigenen Kandidaten aufzustellen, fühlen sie sich scheinend zu schwach. Die „Münch. Post“ ist mit einem gemeinsamen republikanischen Vertreter einverstanden, macht aber den merkwürdigen Vorschlag, so wie in Amerika einen stellvertretenden oder Vizepräsidenten zu schaffen, der Sozialdemokrat sein müßte.

Die Breslauer „Volkswacht“ veröffentlicht einen Brief des Reichspräsidenten Ebert, der eine Antwort auf die Aufforderung darstellt, er möge für die Reichspräsidentenwahl kandidieren. Der Reichspräsident erklärt, er würde eine solche Kandidatur nicht annehmen können. Ihm fehlten dazu die unentbehrlichen Eigenschaften, die dem verstorbenen Reichspräsidenten Ebert so hoch angerechnet wurden. Man solle jeden an den Platz stellen, für den seine Eignung ihn bestimme. Er für seine Person würde daher jedes Kandidaturangebot strikte ablehnen.

Heute, Freitag, tritt der Reichstag wieder zusammen, wodurch auch die Präsidentschaftsfrage rascher in Fluß gebracht werden dürfte.

Von der „Senaatischen Zeitung“ wird die Kandidatur des früheren deutschen Kronprinzen langiert; das genannte Blatt bringt am 4. März an leitender Stelle folgenden Aufruf:

„Kronprinz Wilhelm von Preußen Reichspräsident? Warum nicht? Geseht steht dieser Wahl nichts im Wege. Außenpolitisch nach dem Versailler Vertrag auch nicht. Persönlich spricht vieles dafür: Erstens Autorität seiner Persönlichkeit durch Geburt und Tradition, zweitens politische Überparteilichkeit, drittens Charaktereigenschaften durch ernste Lebenserfahrungen, viertens bewährte politische Begabung und konservativ-liberale Gesinnung, fünftens Bewahrung und Ansehen als Militärführer, sechstens Offenheit, Freimütigkeit und Beifähigkeit des Volkes, siebentens Popularität und Beliebtheit im ganzen Volk, achtens protestantischer Glaube, Familieninn und sittliche Lebensführung, neunten Interesse und Verständnis für die geistige und körperliche Erziehung des Volkes in neuzeitlichem Sinne, zehnten Repräsentationsfähigkeit. Alles dieses gibt ihm die Anwartschaft auf die erste Stelle im Reich. Wer behält ihn mit auf den Schild? (gez.) A. B.“

Hirngespinnste.

Die Angst vor einem angeblich deutschen Angriff.

Warschau, 6. März. Das angebliche deutsche Projekt zum Sicherheitspakt, von dem die deutsche Regierung ihre Absichten ausgeschaltet wissen wollte, gab dem Abg. Sadzewicz vom Nat. Volksverband Veranlassung, in der gestrigen Sitzung der Sejmkommission des Sejm nach Darlegung der allgemeinen politischen Lage Polens und dem angeblich offiziellen Programm der deutschen Regierung, den polnischen Westgrenzen Gewalt anzutun (?), einen Antrag einzubringen, in welchem das Kriegsministerium ersucht wird, die Arbeiten an der allgemeinen Mobilisierung zu beschleunigen. Nach den Darlegungen des Redners beabsichtige Deutschland, Polen von dem Zugang zum Meer zu verdrängen und ihm Oberflüssen zu entreißen (?).

Das sind Phantasien. Aus dem Artikel an anderer Stelle „Deutschland und der Sicherheitspakt“ in der heutigen Zeitung ist ersichtlich, daß Deutschland Sicherheitsverträge auch mit Polen und der Türkei abzuschließen bereit ist.

Auslandsdebatte im englischen Unterhaus.

Die am Dienstag im Oberhause begonnene Debatte über Auslandsfragen wurde am gestrigen Donnerstag im Unterhause fortgesetzt. Als erster Redner ergriff namens der liberalen Partei in Vertretung des erkrankten Lloyd George der frühere Minister im liberalen Kabinett, Fisher, das Wort. Den Anlaß zu der Debatte bildete für Fisher die Ausreise des Ministers Chamberlain zur Sitzung des Völkerbundesrates. Fisher betonte die Wichtigkeit der Mission Chamberlains und erklärte, daß eine weitere Dauer der Okkupation der Röhner Zone betrachtet wird als ein sehr unbefriedigender Zustand. Die liberale Partei verlangt die Veröffentlichung des ganzen Kontrollberichts, in dem die Verhältnisse Deutschlands enthalten sein sollen. Sie ist der Ansicht, daß den Deutschen die Möglichkeit gegeben werden muß, sich über diesen Bericht zu äußern. Redner freut sich darüber, daß diese Ansicht auch von Lord Curzon geteilt wird.

Nach Fisher ergriff der Außenminister Chamberlain das Wort, um sich zunächst über die Räumung Kölns zu äußern. Er erklärte, daß das Kabinett noch nicht den Bericht geprüft habe, er könne indessen erklären, daß die englische Regierung schon seit längerer Zeit Kenntnis davon habe, daß solche Verhältnisse beständen. Auf Grund dieser Kenntnis habe die Regierung die Überzeugung gewonnen, daß Deutschland nicht das Recht gehabt habe, die Räumung der Röhner Zone am 10. Januar d. J. zu beanspruchen. Dann sagte der Minister, die Regierung würde den Inhalt des Berichts der Öffentlichkeit zugänglich machen, wenn sie die Gewißheit hätte, daß dieser Schritt dazu beitragen würde, die beruhigenden Fragen zu lösen. Erst die Ausführung der im Vertrag übernommenen Verpflichtungen seitens Deutschlands könne die Räumung der Röhner Zone herbeiführen. Über die Frage, ob man den Deutschen die Möglichkeit geben solle, ihre Ansichten über die Frage zu äußern, erklärte der Minister, nicht reden zu können, bevor er sich nicht mit den Alliierten darüber verständigt hätte.

Die Frage der Sicherheit ist eine Frage von allererster Bedeutung. Der Feind Europas ist heute der Mangel an Sicherheit; der Mangel an Sicherheit ist im übrigen eine allgemeine Erscheinung. Dann kam Chamberlain zu sprechen auf den Garantiepakt und teilte mit, daß er von Seiten Deutschlands schon seit einigen Wochen über einen solchen Vorschlag orientiert worden sei. Er habe sich zunächst reserviert verhalten, bis ihm mitgeteilt worden sei, daß Deutschland dieselben Schritte auch in Paris und Brüssel tun wolle. Chamberlain bekräftigt diesen Schritt Deutschlands und ist der Ansicht, daß er die sorgfältigste Prüfung verdiene. England wolle an dieser Sicherung teilnehmen. England kann sich heute nicht als absolut gesichert betrachten, wie es sich auch in der Vergangenheit nicht als gesichert habe betrachten können.

Coolidges Antrittsrede.

Die Zeremonie des Amtsantritts des Präsidenten Coolidge ist programmäßig verlaufen bei einer großen Teilnahme von Fremden. Die Antrittsrede, die der neue Präsident bei dieser Gelegenheit wie üblich gehalten hat, beginnt nach einer Kabelaufnahme der „Voss. Ztg.“ mit einer Betrachtung der weltpolitischen Verhältnisse, die zwar bereits befriedigend genannt werden können, aber noch mehr Hoffnungen für die Zukunft lassen.

Amerika hat die Initiative ergriffen, um die katastrophalen Folgen des Weltkrieges zu beseitigen und müsse nun auch weiter dazu beitragen, die europäischen Streitigkeiten zu schlichten. Der Präsident wendet sich nach einem geschichtlichen Rückblick gegen diejenigen, die aus falsch verstandenen Begriffen historischer Tradition übertriebene Doktrinen aufstellen, deren Phrasen den Horizont des modernen Amerikaners einengen. Es komme nicht darauf an, wie eine politische Handlung genannt werde, sondern es komme darauf an, welches Ergebnis diese Handlung zulezt habe. Man dürfe sich nicht durch den Marmelade erschrecken lassen, daß Amerika in die politischen Gänge der Welt verwickelt werden könne, und man dürfe nicht auf die Leute hören, die eine falsch verstandene Forderung der Vereinigten Staaten propagieren. Coolidge ging dann zur Abrüstungsfrage über und betonte, daß Amerika seine Friedensabsichten verfolge. Wenn Amerika seine Bewaffnung aufrechterhalte, so geschehe das nur so weit, wie die Sicherheit und die Würde des Landes es erfordern. Die amerikanische Nation glaube daran, daß die Idee des Friedens zu verwirklichen sei. Deshalb sei es der Wille Amerikas, in Gemeinschaft mit anderen Völkern mehr als je den Frieden zu fördern durch Freundschaft, durch gegenseitige Verständigung und durch allseitigen guten Willen. Die freundschaftlichen Vereinbarungen, die Amerika bereits abgeschlossen hat, hätten schon den Erfolg gezeitigt, daß die Vereinigten Staaten, ohne zu einem Wettrüsten gezwungen zu sein, jetzt eine verhältnismäßig größere Flotte besäßen als je.

Ein neuer Geschichtsabschnitt habe begonnen, der gekennzeichnet sei durch die Idee der Verständigungspolitik. Es werde nicht immer leicht sein, diese Idee durchzuführen, aber Amerika habe darin die Führung ergriffen und werde sie behalten. Die erste Verwirklichung dieses Gedankens sei die allgemeine Abrüstungskonferenz gewesen, die von Coolidge in starken Worten gefordert wird. Die weiteren Konferenzen und Beratungen hätten die Möglichkeit dieses Vorgehens für die Besserung der internationalen Beziehungen erwiesen. Coolidge verwies dabei auf die Konferenzen von Washington und die europäischen Zusammenkünfte, darunter vor allem die Londoner, die teilweise von Amerika einberufen, teilweise durch Vertreter der Vereinigten Staaten besichtigt worden sind. Und wenn man auch in verschiedenen Fällen nach gegenseitiger Aussprache ohne direktes Ergebnis auseinandergegangen, so seien auch diese Zusammenkünfte doch nützlich gewesen. Coolidge betonte, daß er aus wärmste die Fortsetzung dieser Politik bekräftige, sobald nur irgend die Bedingungen solcher Konferenzen Aussicht auf praktische Ergebnisse bieten. Der Hauptgrund für einer solchen Politik müsse es sein, daß unter den Völkern die Vernunft der Gewaltandrohung vorzuziehen sei. Die Regierung der Vereinigten Staaten werde deshalb stets die friedliche Beilegung von Konflikten befürworten und die Einsetzung von Schiedsgerichten fördern.

In diesem Sinne habe die Regierung der Vereinigten Staaten bereits eine Anzahl Verträge abgeschlossen. Die Konsequenz dieser Politik sollte es nun sein, daß Amerika auch dem ständigen Weltfriedensgericht beitrete. Kleinliche und unwichtige Bedenken müßten dabei zurücktreten. Der Weltfriedensgerichtshof sei der aufrichtigste und ungenutzteste Versuch, zwischen den Völkern ein unparteiisches Gericht einzusetzen. Der ganze Einfluß der Vereinigten Staaten müsse auf die Seite des Rechts gesetzt werden und nicht auf die Seite der Gewalt. Zu einem solchen Vorgehen verpflichte die Größe und die Bedeutung des amerikanischen Staates. Eine solche internationale Rechtsprechung werde zweifellos die Friedensneigung auch der anderen Völker stärken und alle dahingehenden Verhältnisse die Empathie und die Unterstützung Amerikas finden.

Manches könne erhofft werden von einer Regelung, die die Urheber eines Angriffskrieges als außerhalb der Weltgesetze stehend erkläre, vieles sei auch zu erhoffen davon, daß der auf den Völkern liegende

wirtschaftliche Druck gemildert werde. Die Friedensidee werde gewinnen, wenn die Völker einsehen, daß als Erfolg dieser Idee ihr Wohlstand sich mehre. Hier winke für Amerika nicht nur eine Gelegenheit, sondern die Pflicht, sich mit Rat und Tat allen diesen Bestrebungen zur Verfügung zu stellen.

Aber auch, wenn die Verhältnisse gebessert würden, unter denen die Menschen arbeiten und leben, so würde dies alles noch nicht den Frieden gewährleisten, wenn nicht auch die Herzen für die Idee des Friedens gewonnen würden. Die Verwirklichung dieser Idee sei ausschlaggebend, wichtiger als Parlamente und als das Schwert. Der Präsident fügte dann hinzu, Amerika werde gerade durch die Behauptung seiner politischen Freiheit und Unabhängigkeit zur Erreichung dieses Zieles beitragen. Amerika sei durch kein Interesse mit der alten Welt verknüpft, es habe mit allen Ländern Frieden, und sein Programm sei, niemand zu unterdrücken, allen zu helfen. Es behandle alle Völker mit Gerechtigkeit und erwarte von allen Völkern die gleiche Behandlung. Ein Friedensvertrag mit Amerika bedeute wirklichen Frieden, ein Freundschaftsvertrag mit Amerika wirkliche Freundschaft.

Die Pjasten gegen die Wyzwolenie-Partei.

Warschau, 6. März. Für den 15. und 16. März d. J. hatte die Wyzwolenie vor einigen Monaten einen allgemeinen Landeskongress angekündigt, zu dem alle Parteikreise und deren Organisationen ihre Vertreter entsenden sollten. Auf der Tagesordnung des Kongresses sollen Programm- und Organisationsangelegenheiten stehen. Als Gegenmanifestation gegen die Wyzwoleniepartei labet die Pjastpartei für dieselben Tage ihre Mitglieder aus der Wojewodschaft Warschau nach der Landeshauptstadt ein. Es werden nicht Delegierte, sondern Männer sein, die sich oft zur Versammlung der Pjastpartei einfinden können. Legitimationen werden nämlich nicht verlangt. In vertraulichen Rundschreiben bezeichnen die Pjast dies als eine ausgesprochene Aktion gegen die Anhänger der Wyzwoleniegruppe, wobei den Organisationen und den Vertrauensmännern empfohlen wird, bei der Zusammenkunft sehr energisch gegen die Wyzwolenie zu agitieren, diese Partei mit allen Mitteln zu diskreditieren und die Leute von der Wyzwoleniepartei von der Teilnahme am Kongress abzuhalten. Als einziger Punkt der Tagesordnung der Pjastversammlung steht die Politik der Wyzwoleniegruppe.

Der der Regierung nahestehende „Kurjer Polski“ weist darauf hin, daß die Einladung von einigen Tausend Agitatoren nach der Landeshauptstadt an einem Tage, auf den schon eine andere Partei ihre Anhänger eingeladen hat, wenn nicht zu einem Massenkampf, so auf jeden Fall zu zahlreichen Zusammenstößen auf den Straßen und den Straßen führen müsse, zumal es den Pjasten im Sinne ihrer Instruktion darum gehe, die Anhänger der Wyzwoleniegruppe von ihrem Parteikongress abzuhalten und sie zu ihrer Versammlung anzulocken. Dies sei eine unerhörte Provokation. Es gebe so viel Sonntage im Jahre, daß die Pjast ihre Versammlung nach Warschau für einen anderen Sonntag, vielleicht eine Woche später, hätten einberufen können, um gegen die Wyzwoleniegruppe zu manifestieren. Diese Manifestation der Pjast sei um so bedenklicher, als es sich um eine Provokation gegen die Regierungspolitik handle.

Das Ziel des Kongresses der Pjast sei der Protest gegen die unerhörten Taten, die den Dörfern aufgebürdet wurden, sowie gegen die Heringschäuferei der Forderungen der Bevölkerung. Merkwürdigerweise rechneten die Pjast bei ihrer indirekt gegen die Regierung eingeleiteten Aktion mit einer materiellen Unterstützung von Seiten der Regierung, indem sie den zur Manifestation eingeladenen Personen versprochen hätten, daß ihnen zwei Drittel des Eisenbahnfahrpreises erlassen werden würden. Das Blatt meint, daß sich hieraus eine paradoxe Situation ergeben würde.

Die Bodenreform.

Warschau, 6. März. Die Sejmkommission für Bodenreform debattierte gestern über die zwei vorliegenden Gesetzentwürfe über die Bodenreform, und zwar über das Reorganisationsprojekt und das Projekt der Wyzwolenie-Partei. Abg. Malinowski von der Wyzwolenie erklärte, daß man eine schnelle und radikale Bodenreform durchzuführen müsse, da diese Frage ein Geschwür sei, das aufbrechen und Verhältnisse schaffen könne, wie sie in Russland herrschten. Im eigentlichen Staatsinteresse schlage er darum vor, das Projekt der Wyzwolenie als Grundlage zur Diskussion anzunehmen, das Regierungsprojekt dagegen abzulehnen.

Der Bodenreformminister Ropcaniski brachte ein umfangreiches statistisches Material vor, dem der Großgrundbesitz und die Klassifikation der verschiedenen Arten des Bodenbesitzes zugrunde lag. Alsdann suchte er verschiedene Vorwürfe zu entkräften, die sich gegen das Reorganisationsprojekt richteten. Der christlich-demokratische Abgeordnete Luszczewski gab seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß die Regierung nicht einmal imstande sei, das Reorganisationsprojekt zu parzellieren. Er befürchte daher, daß das Reorganisationskontingent, welches das Gesetz vorsieht, nur auf dem Papier existieren werde. Nach seiner Ansicht sei das Projekt der Wyzwolenie-Partei vollkommen undurchführbar.

Der Antrag des Abg. Malinowski, über das Reorganisationsprojekt zur Tagesordnung überzugehen und das Projekt der Wyzwolenie als Grundlage zur Diskussion anzunehmen, wurde mit 15 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Republik Polen.

Die geplanten Auslandsreisen des polnischen Staatspräsidenten. Nach Belgrad, Prag und Sofia.

Belgrad, 3. März. Die „Pravda“ meldet, daß der Präsident der polnischen Republik Wojciechowski in Begleitung des Außenministers Strzyzowski im Mai Belgrad besuchen wird. Es sei auch eine Reise nach Prag und Sofia in Aussicht genommen.

Deutsch-polnische Verhandlungen über ein Grenzabkommen.

Posen, 5. März. P.M. Hier haben die Verhandlungen mit Delegierten der deutschen Regierung über den Abschluß eines Abkommens betreffend die Absetzung der Grenzzeichen begonnen. Von polnischer Seite leitet die Verhandlungen der Delegierte der polnischen Regierung für die deutsch-polnischen Grenzverhandlungen Mieczyslaw Roczowski, von deutscher Seite der bevollmächtigte Minister Dr. Paul Eckhardt. Die Verhandlungen werden voraussichtlich einige Tage dauern.

Polens Hafenbau in Odessa.

Odessa, 3. März. Das polnische Handelsministerium hat mit dem französisch-polnischen Konsortium, dem der Bau des Dnieprhafens Odessa übertragen ist, einen neuen Vertrag abgeschlossen. Die Dauer der Bauarbeiten wird um ein Jahr abgekürzt. Bis Ende 1925 wird ein Teil des Hafens, der für große Seeschiffe zugänglich ist, dem Verkehr übergeben werden; die Aufnahmefähigkeit

Bromberg, Sonnabend den 7. März 1925.

Bommerellen.

6. März.

Graudenz (Grudziadz).

R Wechsel im Amt des Kreisarztes. Der bisherige Kreisarzt Dr. Joffe, der vorher Sanitätsinspektor in Bromberg war, ist in den Ruhestand getreten, und verzieht wieder nach Bromberg. An seine Stelle ist Kreisarzt Dr. Pachowski aus Karthaus getreten, der früher lange Jahre in Reichen als praktischer Arzt tätig war.

d. Die Zahlungsflaute. Vielfach wird behauptet, daß neuerdings ein Rückgang der wirtschaftlichen Depression zu merken sei. Das mag wohl für einzelne Fälle zutreffen, im allgemeinen aber kann es nicht behauptet werden. Folgender Fall sei als drastisches Beispiel der Zahlungsflaute angeführt: Der Wirt eines hiesigen Restaurants hatte seiner Kundschaft reichlich Kredit gewährt, und sein Kontobuch wies an ausstehenden Forderungen einen Betrag von nicht weniger als tausend Zloty auf. Der Mann brachte Geld und machte sich daher am Tage nach dem letzten Monatsende auf, um von seiner Kundschaft die Gelder zu kassieren. Er lief den Tag über treppab, treppab, und suchte auch zahlreich Beamte auf, die soeben ihr Gehalt bekommen hatten, aber Geld erhielt er nicht. Der ganze Erlös seiner Kassentour waren ganze elf Zloty!

* Nacht- und Sonntagsdienst haben in der Woche vom 7. bis 13. März die Löwen- und Stern-Apotheken.

A. Schutzmaßnahmen gegen Hochwasser. Wie bereits mitgeteilt wurde, sollten zur Verhütung der Unterspülung der Pfeiler der Eisenbahnbrücke große Mengen Feldsteine verankert werden. Die Steine wurden mit der Bahn herangeschafft und dann von der Brücke auf das Ufer abgelassen. Ein Teil wurde auch auf einer Feldbahn an das Ufer geschafft. Dieses geschah bereits vor Monaten. Seitdem sind die Arbeiten eingestellt worden. Bei dem letzten niedrigen Wasserstande, und da auch kein Frühjahrshochwasser zu erwarten ist, glaubt man wohl den Steinschutz entbehren zu können.

A. Am Wasserfall der Weichsel hat sich wenig verändert. Die Schiffahrt will sich noch immer nicht beleben. Die beiden letzten der hier im schiffbaren Hafen überwinterten Schleppdampfer führen noch Maschinenreparaturen aus. Der schiffbare Dampfer „Courier“ ist vor einiger Zeit nach Danzig gegangen, um in einer Werft Reparaturen ausführen zu lassen.

* Nachfröste mahnen daran, daß der Winter noch nicht beendet ist. In den Gärten dürften diese Nachfröste, besonders an feineren Obstbäumen, bereits manchen Schaden angerichtet haben. Auch die Landwirte klagen darüber, daß spätere Saaten, ebenfalls junge Ackerfrüchte, stark gelitten haben. Andererseits halten die Temperaturrückfälle die voreilige Vegetation zurück, wodurch weiterer Schaden verhindert wird.

Bereine, Veranstaltungen etc.

Vorkämpfe. Auf den vom Sportklub Graudenz am Sonnabend, 7. März, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saale des „Lwów“, Lindenstraße, veranstalteten Städteboxkampf Bromberg-Graudenz sei nochmals empfehlend hingewiesen. Es werden 5 Kämpfer des Vereins „Sila“, Bromberg, je 3 Runden gegen Graudenz' Boxer, darunter die bekannten Sportkämpfer Sankowski, Hnrau und Mikulski, austragen. (8400)

Fußball-Wettbewerb am Sonntag, den 8. März, nachmittags 1/3 Uhr, zwischen Sportklub Graudenz I und Zug I, Thorn, auf dem Platz des G. v. p., Lindenstraße. (8400)

Thorn (Toruń).

* Von der Weichsel. Obwohl die Wasserverhältnisse der letzten Wochen für die Schiffahrt recht günstig waren, hat diese nicht in dem eigentlich erwarteten Maße eingekehrt. Der Strom war in dieser Zeit eigentlich nur von Seglern und Ruderbooten belebt, mit denen Landleute von überhalb (Plotzja-Plotzja, Silno-Silno und aus dem Kongreß-Gebiet) herüber kamen, um ihre Erzeugnisse auf den Wochenmärkten abzusetzen und ihre Einkäufe hier zu tätigen. Nach langer Zeit traf Mittwoch vormittag wieder einmal ein Schleppzug ein: Dampfer „Neptun“ brachte drei Rähne aus Danzig hierher. Er hat am Kai festgemacht. — Reges Leben herrscht bereits in den hiesigen Rudervereinen, die besonders an den Sonntagen stets mehrere Boote zu Wasser bringen. Wie man sagt, soll hier die Gründung eines neuen (vierten) Ruderklubs durch Offiziere der Garnison geplant oder auch bereits erfolgt sein.

* Elektrische Beleuchtung der Eisenbahnbrücke. Wie das „Głos Pomorski“ berichtet, hat die Eisenbahndirektion vom Ministerium die Bewilligung erhalten zur Anlage einer elektrischen Beleuchtung auf der Eisenbahnbrücke. Die Installationsarbeiten werden dieser Tage bereits vergeben, und die Fertigstellung soll bereits Ende April erledigt sein.

—dt Billiges Heizungsmaterial bieten, von Haus zu Haus gehend, halbmäßige Burschen an. Es ist dieses sogenannte „Schutt“, den die Burschen aus den Müllkästen in den Kasernenhöfen holen, durchsieben und somit brauchbares Heizungsmaterial erhalten. Größere Stücke Koks und Kohle befinden sich darunter, und zwar aus dem Grunde, weil die Soldaten in den Kasernen Punkt 9 Uhr das Feuer in den Öfen löschen müssen, und die Masse, nachdem sie mit Wasser abgelöscht ist, in die Müllkästen werfen. Dieses billige Heizungsmaterial (nur 1 Zloty für den Zentner) brennt tadellos, und so haben die Burschen einen großen Absatz, so daß sie mitunter mehr Bestellungen bekommen, als sie liefern können.

* Straßenverbreiterung. Wie seinerzeit von uns gemeldet, ist die Durchfahrt durch die ul. Sm. Jakoba (Jakobstraße) an der Front der St. Jakobskirche für Fuhrwerke und Automobile verboten, da das aus der Ordenszeit stammende Bauwerk den andauernden Erschütterungen nicht mehr gewachsen ist. Der gesamte Verkehr vom und zum Stadthaus zieht sich jetzt daher durch die ul. Sm. Katarzyny (Katharinenstraße) und die frühere Wilhelmstraße. Um diese Straßen zu entlasten, war die Verbreiterung der ul. Piernikarska (Bauerstraße), die Verlängerung der ul. Wielkie Garbary (Gerberstraße), geplant. Nun scheint dieser Plan zur Ausführung zu gelangen. Man hat dieser Tage mit dem Niederreißen der alten Stadtmauer an dem Tüschken Fabrikgrundstück begonnen. Damit fällt wieder ein Stück des alten romantischen Thorn der modernen Zeit zum Opfer.

* Die Straßenlaternen an den Haltestellen der Straßenbahn erhielten in diesen Tagen grüne Scheiben (Bromberger Vorstadt), um dadurch die Haltestellen der Straßenbahn zu kennzeichnen.

Bereine, Veranstaltungen etc.

Coppernicus-Berein. Der Niederabend Ellen Konrad am Montag, den 9. März, beginnt bereits um 7 1/2 Uhr, so daß die auswärtigen Besucher zur Rückfahrt noch den Zug 9.32 Uhr benutzen können. (8393)

or. Culm (Chelmo), 4. März. Der Mittwoch-Bochenmarkt hatte nicht viel Zufuhr an Butter. Die Fastenzeit macht sich bemerkbar; denn der Preis ist bedeutend in die Höhe geschossen. Es wurden morgens 2,80—3 Zloty verlangt, auch vereinzelt gezahlt, jedoch kaufte man sie später für 2,50, und die Mandel Eier, die viel angeboten waren, für 1,10 bis 1,20. Kochfische kostete 50, Glumse 40, Magerlische 60, Löffler 2—2,20. Der Fischmarkt bot große Auswahl: Hechte 1,20—1,50, Bresse 80—1, Barsche 80, Karauschen 70, Plöke 40, grüne Heringe 70. Ferner kosteten Hühner 2,50—4,50, Puten 6—7, ein Paar Tauben 1,20—1,50. Enten und Gänse fehlten. An den Fleischständen zahlte man für Schweinefleisch 70 bis 90, Rindfleisch 60—70, Kalbfleisch 70. — Auf dem Vorwerk Klein Lippe, zur Domäne Lippin gehörig, wurde dem Einwohner Franz Preiß eine Sterke im Werte von 300 Zloty mittels Einbruch aus dem Stalle gestohlen. — Auf dem hiesigen Wochenmarkt kaufte vor einigen Wochen eine angebliche Besitzerin aus Neugut von einem hiesigen Händler 8 Meter Julett für 36 Zloty. Als sie zuhause gab sie eine Gans, für die sie 7,50 Zloty berechnete, sowie 4,50 Zloty in bar, blieb also noch 24 Zloty schuldig. Sie gab an, sie sei die Frau eines dem Händler bekannten Händlers aus Neugut und nahm die Ware mit. Als der Händler dem genannten Besitzer nach längerer Zeit die Rechnung sandte, war der Mann nicht wenig erstaunt, und begab sich mit seiner Frau zu dem Händler, worauf sich herausstellte, daß dieser somit betrogen worden war. Der Zufall wollte es jedoch, daß er die Betrügerin auf dem nächsten Wochenmarkt wieder erkannte. Zur Rede gestellt, nahm sie Reißaus. Der Händler holte sie aber ein und übergab sie der Polizei.

1. Aus dem Kreise Culm, 5. März. Der Mühlengutsbesitzer Marohn in Ruda verkaufte sein an der Chaussee Klingau-Mischke gelegenes Mühlengut an einen Baumeister aus Warschau für 52.000 Zloty; dazu übernimmt der Käufer noch mehrere Hypotheken in derselben Höhe. — Die Auswanderung nach Deutschland nimmt wieder zu, obgleich die Optanten zum großen Teil gegen die Ausweisungsanordnungen Widerspruch eingelegt haben. Eigentümlicherweise rüsten sich deutsche Arbeiterfamilien, die nicht optiert haben, zur Auswanderung. Von bereits früher ausgewanderten Verwandten und Angehörigen erhalten sie aus Deutschland Postbriefe, und tüchtigerweise folgen sie diesen auch. Nach Mitteilung mancher aus Deutschland hier zu Besuch weilenden Personen ist augenblicklich die Konjunktur dort recht ungünstig. Besonders herrscht ein starkes Überangebot an landwirtschaftlichen Arbeitern und namentlich an landwirtschaftlichen Beamten.

* Diebstahl (Zagew), 5. März. Aus eigenartigen Gründen sich mehrerer Straftaten bezichtigt hat gestern die 37jährige Arbeiterfrau Gorkicki aus Mahlin hiesigen Kreises. Sie erschien auf der hiesigen Kriminalpolizei und beantragte ihre Verhaftung wegen der Teilnahme an einer Reihe von Diebstählen, die in letzter Zeit

in der hiesigen Umgebung vorgekommen sind. Namentlich handelt es sich um eine größere Menge von Getreide und um Kleidungsstücke. Erstere will sie selbst zentnerweise gestohlen und hier verkauft haben, während sie letztere von ihr bekannten Dieben abgenommen und auf dem hiesigen Bahnhof verkauft haben will. Von der hiesigen Kriminalpolizei war die Frau bereits seit längerer Zeit verdächtigt, sich dieser Straftaten schuldig gemacht zu haben, bisher mußte sie aber wegen Mangels an Beweisen auf freiem Fuß belassen werden. Jetzt stellte sich diese Frau, eine Mutter von acht Kindern, von denen das jüngste erst drei Monate alt ist, freiwillig der Polizei mit der einzigen Motivierung, daß sie von ihrem Manne fort wolle. Es ist anzunehmen, daß sie ganz bestimmte Beweggründe dazu treiben. — An der Chaussee, die von Baldaun nach Markau und Dirschau führt, haben Hühner viele Straßenbäume schwer beschädigt. Einige Bäume sind durch Messerschnitte glatt vom Stamme getrennt worden. Die Polizei ist den Taugenichtsen auf der Spur.

* Konig (Chojnice), 5. März. Der Wojewode Dr. Bachowicki traf am Dienstag vormittag zu dem angekündigten Besuch hier ein und wurde von den Stadt- und Kreisbehörden festlich empfangen. In einer Ansprache auf die Begrüßung führte er u. a. aus, daß wegen der bisherigen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse nichts für den Kreis gemacht werden konnte. Um der Bevölkerung entgegenzukommen und administrative Erleichterungen zu schaffen, soll an den Grenzen eine Starostei-Expositur geschaffen werden, wofür die Mittel vorhanden sind. Am 11 Uhr fuhr sodann der Gast vor das Rathausgebäude. Auf dem Markt hatte die hiesige Feuerwehr Spalier aufgestellt und genommen, ebenso die Verbündungen sämtlicher polnischen Vereine. Sonderbarerweise waren die deutschen Vereine gar nicht vertreten. Wie gemeldet wird, hat man es nicht für nötig befunden, diese, die doch noch recht zahlreich in Konig vertreten sind, zu der Besprechung bzw. dem Empfang einzuladen. Deshalb man dieses unterlassen hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Bei dem Empfang im Rathaus ergriff der Wojewode das Wort zu einer größeren Rede. Er betonte den Wert der Eintracht im Bürgerleben, verdammt den politischen Egoismus und Zapf im Kommunalwesen und unter der Bevölkerung, gegen den er unumgänglich auftreten wird. Er hob ferner hervor, daß jeder Bürger ohne Unterschied gleiche Rechte genießt! Er verlangte aber auch Loyalität und Erfüllung der durch den Staat auferlegten Pflichten. Daß die Bevölkerung gerade in den Grenzmarken harmonisch zusammenlebt, sei ganz besonders für die zukünftige Entwicklung von großer Bedeutung.

* Schneek (Szarzewo), 4. März. Vom hiesigen Postamt werden, wie man dem „Pomm. Tagebl.“ schreibt, Briefe aus dem Auslande, die nicht die amtliche Bezeichnung unseres Ortes tragen, nicht mehr zugestellt. Diese Briefe gehen mit dem Vermerk: „Ort in Polen unbekannt“ an den Absender zurück. — Hierzu wäre zu bemerken, daß die seinerzeit mitgeteilte Verordnung über den Gebrauch der Amtssprache im Postverkehr sich ausdrücklich auf Inlandsendungen bezog.

Thorn.

Wir empfehlen ab Lager Toruń-Mokre:

Grasmäher Getreidemäher
Cormick-Deering Ambli-Deering
Dt. Werke

Düngerspreuer: Orig. „Westfalia“
Lokomobile - Motore - Dresch-
kästen - Kultivatoren - Pflüge
Eggen - Drillmaschinen - Fordson-
Traktoren m. Oliver-u. Sack-Pflug
Hochkulturhacke „Hexa“ eig. Fabrikat
in Breiten von 1 1/2-4 m.

Union-Centrifugen mit Kugellager.
Gollenschrotmühlen m. Steinen.

Großes Ersatzteillager.
Sämtliche Reparaturen werden prompt und sachgemäß ausgeführt.

Maschinen-Fabrik
Adolf Krause & Co.
Toruń-Mokre. Tel. 646. 2867

Drucksachen

aller Art liefert in geschmackvoller Ausführung
A. Dittmann, G. m. b. H.,
Bromberg, Wilhelmstraße 16.

Thorner

Geschäfts-, Privat- u. Familien-
Anzeigen

gehören in die
Deutsche Rundschau.

Die Deutsche Rundschau wird
in Thorn

in allen deutschen und
vielen polnischen Familien gelesen. 1303

Anzeigen nimmt die Hauptvertriebsstelle
Justus Wallis in Thorn entgegen.

Im Gasthaus Schenke am Bahnhof
Thornisch Papau (Papowo-Toruńskie)
haben wir heute eine 3392

Filiale unserer Dampfmühle
eröffnet und empfehlen uns zum

Umtausch
jeder Art Getreide: Weizen, Roggen und
Gerste gegen Mehl, Grütze, Graupe u. Kleie.

Schrotgetreide
wird sofort gegen Schrot umgetauscht.

Adlermühle F. Sand & Co.,
Rowalewo — Pomorze.

Altes
Messing
kauft ständig

Ja. Jan Broda,
Toruń. 1679

Wenn einer
schnell und gut sich
verheiraten will,
wende er sich an das

Heiratsvermittlungsbüro
Toruń, Panny Marii 3.

Verein Deutsches Heim, T. a., Toruń
General-Verammlung
am Mittwoch, d. 18. März 1925, abds. 8 Uhr
im Saale des Deutschen Heims, Toruń.

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstehenden.
2. Rechnungslegung.

a) Bericht des Schatzmeisters.
b) Bericht der Rechnungsprüfer.
c) Entlastung des Vorstandes.

d) Wahl von Rechnungsprüfern (2).
3. Vorstandswahl.

4. Besondere Anträge. (Diese sind drei
Tage vorher schriftlich beim Vorstehen-
den abzugeben).

5. Verschiedenes.
Ist diese Generalversammlung nicht
beschlußfähig, so gilt die nächste über
dieselbe Tagesordnung ohne Einhaltung
von Fristen und Formen eine halbe
Stunde später stattfindende und hiermit
einberufene Versammlung ohne Rücksicht
auf die vorhandene Mitgliederzahl als
beschlußfähig. 3391

Deutsches Heim e. V.
der 1. Vorsitzende der Schriftführer
Grümmacher. Post.

Coppernicus-Berein.
Montag, den 9. März, abends 7 1/2 Uhr
in der Aula des Gymnasiums:

Lieder-Abend
Ellen Konrad (Sopran)

am Flügel: Ella Mertins, Danzig.
Karten zu 4, 3, 2 und 1 Zloty (Stehplatz) bei
Dietrich Stephan, Sierota 16.

Graudenz.

Plac 23 Sycowia Nr. 23 Jacobson
u. Plomben
von 2 Zloty an in erstklassiger
Ausführung. Auf Teilaahlung.

Bähne
Für
Wiedervertäufel!

Edendorfer-
Rübenfamen
(gute feinfähige Saat
lt. Analyse)

gibt äußerst günstig ab
H. Duttewik Nachf.
Al. Mühlenstraße 3/5.
Telefon 117. 3150

Gutes
Rohr

zum Dachdecken ver-
kauft Wolski, Ban-
towto, poczta Bydgosko.

Optanten
Liquidierte wolle Ihre
neue Existenz in Thorn
gründen? Schreiben Sie
an Ernst Schmidt,
Eibing, Bismarckstr. 8.

Richtl. Nachrichten.
Sonntag, d. 8. März 25,
(Remin.)

Evangel. Gemeinde
Graudenz. Vorm. 10:
Hr. Jacob. 11 1/2 Uhr:
Kinder-Gottesdienst, Hr.
Jacob. Nachm. 4 Uhr:
Arbeiterverein in d. Her-
berge zur Selmat. Don-
nerstag, d. 11. 3., nachm.
5 Uhr: Passionsandacht,
Hr. Jacob.

Moderat. Vorm. 10
Uhr: Gottesdienst, Pfarzer
Dieball.

Landwirte!

Zur Frühjahrsvorbestellung empfehlen:

Pflüge,
Kultivatoren,
Eggen,
Walzen,

Drillmaschinen,
Hackmaschinen,
Kartoffel-Pflanzloch- u.
Zudeckmaschinen

u. alle anderen Geräte.
Hodam & Repler,
Maschinenfabrik,
Grudziadz, am Bahnhof.
Ersatzteile/Monteur.

3390

Deutsche Bühne Grudziadz G.
Sonntag, d. 8. März 1925, pünktl. 8 Uhr,
im Gemeindehause:

„Die kleine Ginderin.“
Operettenschwank in 3 Akten v. Hans Zerlett.
Musik von Jean Gilbert.

Mittwoch, den 11. 3. 25 zum ersten Male
„Galante Nacht“, Sonntag, den 15. 3. 25
„Seimliche Braut“, hierfür reservierte
Karten bis 10. 3. 25. 3341

Kartenverl. Mickiewicz (Polkmanstr.) 15.

Die Thorner Steuer von Verkaufsverträgen.

Laut Magistratsbeschluss vom 20. 11. 1924 und Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23. 12. 1924 tritt nach Bestätigung durch die Wojewodschaft folgendes Statut zur Erhebung einer Steuer von Verkaufsverträgen (bei Verkäufen von Grundstücken und Verschreibungen), rückwirkend ab 1. Januar 1925, in Kraft.

§ 1. Dieser Steuer unterliegen Verkaufsverträge von Häusern und Grundstücken, belegen im Stadtkreise Thorn, jedoch nur dann, wenn der Eigentumswechsel keiner Erbchafts- bzw. Schenkungssteuer unterliegt.

§ 2. Die Steuer beträgt 2 Prozent von der Summe, von welcher die Staatsstempelsteuer gezahlt werden muß. Haftbar für diese Steuer sind Käufer und Verkäufer.

§ 3. Käufer sowie Verkäufer sind verpflichtet, innerhalb 14 Tagen vom Tage des Kauf- bzw. Verkaufsvertrages diesen dem Magistrat vorzulegen.

§ 4. Die Steuer ist zahlbar innerhalb 14 Tagen (vom Tage der Zustellung der Einschätzung) in der städtischen Steuerkasse.

§ 5. Die Einschätzung führt der Magistrat durch auf Grund des in § 3 vorgelegten Kaufvertrages, sowie auf Grund des Artikels 44 des Gesetzes vom 11. 8. 1923 (Dz. U. R. P. Nr. 94, Position 747).

§ 6. Falls in dem laut § 3 vorgelegten Verträge eine niedrigere Summe angegeben wurde, als die tatsächliche Kaufs- bzw. Verkaufssumme betrug, steht dem Magistrat das Recht zu, mit Hilfe der Finanzbehörden diese Summe zu prüfen, bzw. das Kaufobjekt durch Sachverständige abzuschatzen. Die Abschätzung erfolgt dann auf Kosten des Käufers bzw. Verkäufers.

§ 7. Falls die Steuer nicht in dem vorgeschriebenen Zeitraum eingezahlt wird, erfolgt Zwangseinzahlung mit Hinzurechnung von Prozentsen, Verzugsstrafe und Einreichungskosten nach dem Gesetz vom 31. 7. 1924 (Dz. U. R. P. Nr. 78, Position 721).

§ 8. Wegen der Einschätzung zur Steuer kann innerhalb vier Wochen vom Tage der Zustellung ab Protest beim Magistrat eingelegt werden. Gegen einen abschlägigen Bescheid kann innerhalb 14 Tagen beim Wojewodschaftsgericht Klage geführt werden. Die Einreichung eines Protestes bzw. einer Klage entbindet nicht von der pünktlichen Zahlung dieser Steuer.

§ 9. Übertretungen und Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über Einschätzung und Zahlung der Steuern unterliegen einer Geldstrafe von 345 Rbln, falls nicht das Gesetz vom 11. 8. 1923, Artikel 62-66 (Dz. U. R. P. Nr. 94, Position 747) Anwendung findet.

§ 10. Vorstehendes Statut tritt mit dem 1. Januar 1925 in Kraft. Mit demselben Tage verliert der Magistratsbeschluss vom 27. 2. 1925 seine Gültigkeit.

Die Tarifpolitik des Eisenbahnministeriums.

Aus einem Interview mit dem Eisenbahnminister Tyszkiewicz.

Warschau, 3. März. (Eig. Drahtbericht.) In letzter Zeit sind in verschiedenen Blättern Nachrichten und Artikel erschienen, die die Frage der Erhöhung der Eisenbahntarife, die angeblich von der Regierung projektiert wird, erörtern. Nun besitzt die Tariffrage für die Entwicklung des gesamten Wirtschaftslebens eine ungeheure Bedeutung, vor allen Dingen für verschiedene Wirtschaftszweige, die aus der Eisenbahnausfuhr sehr großen Nutzen ziehen. Dies hat einen Zeitungsvertreter veranlaßt, sich mit dem Eisenbahnminister Tyszkiewicz in Verbindung zu setzen und ihn über

die nächsten Absichten des Eisenbahnministeriums auf dem Gebiete des Tarifwesens

anzufragen. Der Journalist fragte zunächst, in welchem Maße eine Erhöhung der gegenwärtigen Tariffälle geplant sei. Der Eisenbahnminister erklärte: Die Eisenbahntarife, die auf das Wirtschaftsleben des Landes Einfluß haben und dieses widerspiegeln, müssen notwendigerweise Veränderungen unterworfen werden. Das Leben geht stets vorwärts und die ökonomischen Bedingungen ändern sich stets. Die hiervon abhängigen Eisenbahntarife erfordern Regulierungen: Erhöhungen oder Herabsetzungen. Auch gegenwärtig finden Verhandlungen über diese Frage statt, vor allem auch darum, daß wir in den Kreis der

Realisierung der direkten Tarife mit einer ganzen Reihe ausländischer Staaten

treten. Man kann jetzt noch nicht beschreiben, welche Veränderungen notwendig sein werden. Natürlich dürfte bei einer festen Valuta von grundsätzlichen Änderungen nicht die Rede sein. Der Journalist fragte hierauf, ob nicht Erleichterungen für gewisse Industriezweige, wie zum Beispiel Holz-, Kohlenindustrie usw. eingeführt würden. Der Minister: Unsere Tarife enthalten schon soviel Erleichterungen, es wird schon eine so große Anzahl von Gütern unter unseren Selbstkosten transportiert, daß

gegenwärtig von einer Erweiterung der bestehenden Erleichterungen nicht die Rede sein könne.

Doch in Abhängigkeit von der Entwicklung und Konjunktur der Industrie und des Handels kann man selbst mit Schäden gewisse Zweige gefordert behandeln, was übrigens in nächster Zeit Gegenstand von Verhandlungen sein wird. Der Journalist fragte, ob die Tarife in Polen höher sind als in den Nachbarstaaten. Der Minister suchte zunächst auszuweichen. Er sagte, daß solche Vergleiche sehr schwierig seien, da man hierbei nicht allein die arithmetischen Aufstellungen in Rechnung nehmen darf. Man dürfe die Tarife nicht allein nebeneinander, sondern im Zusammen-

hang mit der Preisgestaltung der Waren, der Produktionskosten, der Arbeitsbezahlung, der Kaufkraft der Valuta im Inland und im Ausland usw. Wenn man das alles berücksichtigt, so sind

die polnischen Tarife im allgemeinen nicht höher als die nachbarlichen.

Unsere Personentarife sind arithmetisch niedriger als die deutschen, und zwar beträgt der Unterschied ca. 40 Prozent. Dagegen sind sie höher als bei unseren anderen Nachbarn. Wenn man aber unsere Tarife, die mehr oder weniger der Vorkriegsnorm entsprechen, mit der allgemeinen Teuerung (die Teuerung ist von 100 auf 160 gestiegen), ferner die Einkaufskraft des Rbln mit der tschechischen oder österreichischen Krone oder mit dem rumänischen Lei vergleicht, so werden wir uns davon überzeugen, daß unsere Personentarife nicht die Höhe haben, die die Personentarife in den Nachbarländern erreichen.

Ein Vergleich der Gütertarife

Ist noch viel schwieriger, denn es kommen hier nicht nur in Rechnung die Warenpreise, sondern auch die sogenannte Tarifpolitik, die oft zur Schaffung sehr hoher oder sehr niedriger Tarife zwingt. Bekannt ist, daß Deutschland, um seine Häfen zu stützen, eine ganze Reihe von außerordentlich niedrigen Ausnahmetarifen eingeführt hat. Polen muß denselben Weg gehen. Bei den Tarifen spielt also die Länge des Transportweges eine wichtige Rolle. Für gewisse Waren könnten die Tariffälle höher sein, vor allem bei kleineren Entfernungen, bei anderen wieder niedriger, und zwar wenn es sich um große Entfernungen handelt. In einem Falle muß man die Ausfuhr unterstützen, im anderen Falle wieder gegen sie bremsen. Trotz aller dieser Schwierigkeiten, die sich bei einem Vergleich der Tarife ergeben, kann man sagen, daß unsere Gütertarife, die gleichfalls mehr oder weniger auf der Vorkriegsnorm angelangt sind, nicht höher, im Gegenteil sogar

niedriger sind, als die Gütertarife im Ausland.

So zum Beispiel sind unsere Tarife für Kohle bei kleineren Strecken gleich hoch wie die deutschen und österreichischen und niedriger als die tschechoslowakischen. Bei längeren Strecken sind unsere Tarife bedeutend niedriger (gegen 25 Prozent) als die deutschen und österreichischen und selbstverständlich auch die tschechoslowakischen. Auch unsere Tarife für Holz, und zwar sowohl auf dem Inlandsmarkt als auch beim Export sind bedeutend niedriger als in den genannten Ländern. So beträgt zum Beispiel bei einer Entfernung von 300 Kilometer an der Unterseite zwischen den polnischen und deutschen Tarifen beim Export 150 Prozent. Die Tarife für Eisen sind bei uns die niedrigsten auf unserem Inlandsmarkt; beim Export gleichen sie den deutschen und sind niedriger als die tschechoslowakischen. Unsere Ausfuhrtarife für Naphtha sind unergleichlich niedrig. Hier beträgt bei 300 Kilometer Entfernung unser Tariffall für 100 Kilo 1.35 zł, in Deutschland 4.09 zł, in der Tschechoslowakei 2.82 zł und in Österreich 2.51. Alles in allem sind also unsere Gütertarife niedriger als die ausländischen Tarife.

Kritik an der Wirtschaft der Eisenbahn.

Warschau, 5. März. Die Budgetkommission beriet gestern den ganzen Tag über das Budget des Eisenbahnministeriums. Abg. Zabaczynski vom Nat. Volksverband stellte fest, daß sich die technische Wirtschaft der Eisenbahn verbessert habe, kritisierte jedoch sehr scharf die Tarife und die Handelswirtschaft der Eisenbahn. Bei der Verwendung der Materialvorräte habe man bisher schlecht gewirtschaftet, wodurch dem Staate großer Schaden zugefügt worden sei. Der Personen- und Güterverkehr sei bedeutend zurückgegangen, und dies sei der deutlichste Beweis für die allgemeine Wirtschaftskrise. Der Redner trat für weitere Personalreduktionen ein, wobei er Vergleiche mit den Eisenbahndirektionen in anderen Ländern anstellte. Während in Deutschland auf 100 Lokomotivkilometer 98½ Personen entfallen, entfallen in Polen auf dieselbe Strecke 168 Personen. Auch der Vertreter der allhöchsten staatlichen Kontrollkammer unterzog die fatale Materialienwirtschaft in verschiedenen Eisenbahndirektionen einer sehr scharfen Kritik.

Auch in der heutigen Sitzung der Verkehrskommission wurde an der Tarifpolitik des Eisenbahnministeriums von verschiedener Seite scharfe Kritik geübt. Der plattische Abg. Dwiecki machte dem Eisenbahnministerium den Vorwurf, daß es durch seine falsche, gänzlich verkehrte Tarifpolitik den gesamten Transitverkehr nach Rumänien verloren habe. Jetzt gehe dieser Transit über die Tschechoslowakei. Polen aber hat hierdurch das Nachsehen, denn es stehen etwa 22 000 Waggons unbenuzt. Die ganze Tarifpolitik müsse einer eingehenden Revision unterzogen werden. Der Bürokratismus muß verschwinden, denn er wirkt überaus schädlich. Man muß sich den Lebensnotwendigkeiten und den Notwendigkeiten des Transits anpassen. Nur dann wird das Eisenbahnministerium eine Einnahmequelle für den Staat bilden, was man doch bezweckt. Durchaus falsch verfahren auch verschiedene Eisenbahndirektionen bei

ein paar Tagen noch hatte sie geglaubt, daß es nicht sein muß. Und nun war alles so plötzlich in ihr anders geworden. Eine verzehrende Sehnsucht nach dem Feste erfaßte sie. Das war an jenem Nachmittag, als sie wegen eines identischen Vergehens zu ihrem Vorgesetzten mußte. Sehr streng war er zu ihr, fast ungerecht streng.

Und sie hat immerzu nur seine schöngeputzten Hände ansehen müssen mit dem schmalen Goldreifen ... sie hat an Vaters Hände denken müssen, die ihr einmals liegend über den dunkeln Scheitel führten ... und an ihr jetziges liebearmes Leben. Da standen ihr große, verhaltene Tränen in den schimmernden Augen.

Er sah zu ihr auf ... und im Aufsehen begegneten sich zwei Seelen, um für den Bruchteil einer Sekunde aus Arbeit und Alltag herausgerissen aus zu sein. Eins in der Sehnsucht nach Schönerem. Von da an war es für sie wie eine stille Verabredung, das Fest zu besuchen. Fast flüchtig sah sie den letzten Tagen und Stunden entgegen.

Ob er sie wirklich nicht bitten würde, zu kommen? Wenn er durch den Saal ging, in dem so viele anmutige Mädchen den Daseinskampf führen, sah er ihr oft in die dunkel schimmernden Augen und es schien, als gehe eine Freude über die sonst so strengen Züge. Sollte sie sich geirrt haben?

Als sie für den Abend noch in letzter Stunde freiwillig den Dienst einer Kollegin übernahm, glaubte sie es bestimmt. Während sie fast mechanisch ihrer Arbeit nachkam, irrten ihre Gedanken unbewußt immer wieder nach dem zu ebener Erde gelegenen Festsaal.

Jetzt hatte das Fest begonnen. Die Kapelle spielt ... ganz leise, lustige Weisen; denn es soll fröhlich sein, dies Abschiedsessen. An den langen weißen, mit Blumen geschmückten Tischen werden viele Menschen sitzen ... unter ihnen auch er, ihr Vorgesetzter. Heute wird er lachen; er wird seiner Signachbarin der Blondes Dessu, zutrinken ... es wird ein wirkliches Fest sein.

Es war schon gegen Mitternacht, als Margots Dienststunden um waren. Der Regen klatzte in Strömen über die stillen Pfosten nächtlicher Straßen. Wo wollte sie eigentlich jetzt hin? In ihr kaltes, einfaches Heim? Oder war das nicht der Weg zum Festsaal?

ihren Einkäufen. Es klingt geradezu unglaublich, wenn man hört, daß bei der Thorner Eisenbahndirektion Erbschaften für 55 Jahre aufgestapelt liegen, bei anderen Eisenbahndirektionen für 20-25 Jahre.

Reine Aufwertung der Reichsbanknoten.

Halbamtlich wird — nach Berichten Berliner Blätter — bekanntgegeben: In einigen Kreisen des Publikums ist die Auffassung vertreten, daß die Reichsbank ihre vor und während des Krieges ausgegebenen Noten zu einem höheren Werte als dem Nennbetrage freiwillig einlösen werde oder hierzu gezwungen werden könne. Diese Auffassung ist irrig. Gemäß § 3 des Bankgesetzes vom 30. August 1924 (Reichsgesetzblatt II Seite 235) hat der Umtausch von Reichsbanknoten im Verhältnis von 1 Billion Mark gleich eine Reichsmark zu erfolgen. Diesem Umtauschverhältnis entspricht das in § 5 Absatz 2 des Gesetzes vom 30. August 1924 (Reichsgesetzblatt II Seite 254) vorgesehene Verhältnis zwischen Mark früherer Währung und der neuen Reichsmark. Danach ist das Wertverhältnis der alten Reichsbanknoten zu der neuen Währung gesetzlich festgelegt, eine Bestimmung, die ohne Verletzung des Gesetzes von der Reichsbank nicht außer acht gelassen werden darf. Bestrebungen, die auf eine Änderung des Gesetzes abzielen, müssen schon daran scheitern, daß das Bankgesetz zu denjenigen Gesetzen gehört, welche zur Durchführung internationaler Abmachungen auf Grund des Sachverständigenberichts erlassen worden sind. Irigendwelche Anträge oder Anmeldungen zum Aufwertungsverhältnis der Reichsbanknoten sind daher zwecklos. Auch muß nachdrücklich vor dem Beitreten zu Verbänden gewarnt werden, die sich zur Aufwertung sogenannten Vorkriegsgeldes gebildet haben, da deren Tätigkeit, wie sich aus dem Vorstehenden ergibt, keinerlei Aussicht auf Erfolg bietet.

Pulverexplosion bei Wittenberg.

Sechs Tote, einunddreißig Verletzte.

Wittenberg, 4. März. Heute morgen gegen ¼ 10 Uhr erfolgten kurz nacheinander in der Pulveranlage der Wessfälsch-Inhaltlichen Sprengstoffwerke in Wittenberg bei Wittenberg drei schwere Explosionen. Soweit bisher festgestellt werden konnte, wurden sechs Personen sofort getötet, acht schwer und dreißigwanzig leicht verletzt. Das Unglück soll nach dem Ergebnis der ersten Prüfungen in der Abteilungsleitung seinen Ausgang genommen haben, in der hauptsächlich Frauen und Mädchen beschäftigt werden. Hunderte von Angehörigen flüchteten bei der ersten Explosion in den nahen Wald. Sehr viele von den Flüchtenden wurden durch herumfliegende Glassplitter an den Augen verletzt. Sie mußten alle in die Universitätsklinik nach Halle überführt werden. Die Explosion ist in Wittenberg selbst nur sehr gering fühlbar gewesen, dagegen hat sie in Anhalt, Dessau und Coswig ungeheuren Glaschaden angerichtet. Dort war der Stoß so stark, daß die Bevölkerung an ein Erdbeben glaubte. In Wittenberg, dem Ort der Katastrophe, wurden die Fußböden in den einzelnen Fabrikgebäuden und Büros durch den Luftdruck abgehoben und in die unteren Etagen geworfen.

Aus dem Gerichtssaale.

* Schneidemühl, 4. März. Ein Eisenbahntatler zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Schneidemühl beschloß sich mit dem furchtbaren Eisenbahnunglück vom 20. Januar 1920 zwischen Stöten und Kieferngrund der Strecke Berlin-Schneidemühl, dem damals 18 Jahre alten Leben und zwei Verletzte zum Opfer fielen. Der Hauptschuldige an dem Eisenbahnanschlag, Verleberg, war zum Tode verurteilt und im August 1920 hingerichtet worden. Zwei seiner Komplizen waren entflohen. Einer davon, ein blühender Arbeiter namens Jaskelt, konnte nachher ermittelt und festgenommen werden. Er wurde zum Tode verurteilt.

Kleine Rundschau.

* Ralmütsche Stille. Die Gespräche sind bei den Ralmütschen um so langweiliger, je mehr sie eine Person ehren wollen. Wenn Fremde von Rang dem Ralmütschen vorgestellt werden, läßt dieser zwischen Frage und Antwort immer fünf Minuten verstreichen, und von einem Zerknirschter wird dem Reisenden bedeutet, daß er es ebenso machen solle. Der Zweck dieser uns wunderbar scheinenden Stille ist lobenswert: man will dem Sprechenden Zeit zur Sammlung und zum Nachdenken lassen, damit der Inhalt seiner Worte um so tiefer und inhaltsreicher werde und das Gespräch nicht in leeres Geschwätz ausarte. Die alte Regel: „Erst denken, dann reden!“ wird also besser bei unzulässigen Nomaden als in den verschiedenen Metropolen und Metropolchen der Intelligenz befolgt.

Die großen, schweren Portieren waren schlecht geschlossen. Durch den breiten Spalt konnte Margot, wenn sie sich auf den kleinen Sessel stellte, fast den ganzen Saal überblicken. Den Festsaal mit den gleichenden Lichtern, den gedämpften Melodien und mit den langen, blumenbeschnittenen Tischen in ihrem ganzen Reichtum kunstvoller Gemäße.

Da fühlte sie plötzlich einen heftigen Schmerz, erst leise mahnend, dann immer stärker. Der Hunger. Es war Monatsende. Wie viele müssen da sparen oder darben. Es ist auch weiter nicht schlimm. Der Regen war nur so unbarmherzig.

Unaufhörlich fiel er über die Kleine, an der kalten Steinwand lehrende Gestalt. ... Aber Margot gehörte jetzt nicht ihrer Wirklichkeit. Die dunkeln sich nach Freude und Glanz sehrenden Augen mußten schauen, viel schauen — durch den Spalt am Fenster.

Ob es wohl warm war drinnen? Bei diesen Gedanken lauerie sie noch mehr in sich selbst. Wie herrlich muß doch ein so strahlendes Fest sein ... und erst mitten dabei sein zu dürfen?

— Ein kurz unterdrückter Schrei. ... nein, ein fast lautloses Stöhnen war's, das von der kleinen Gestalt am Boden kam. Ein Vorübergehender hatte die Türe zum Festsaal geöffnet und rief um Hilfe für die Verunglückte. Da kam einer zuvorderst, und trug die letzte Last mit den vor Kälte tiefenden Kleidern in die Hölle und Wärme des Festes. Seine Augen schienen zu fragen: „Margot, was ist geschehen, was tut mich?“ — „Nichts, gar nichts; es ist nur der Hunger, die Kälte — die warmen Lichter — die fröhlichen Menschen ... dann ward es so dunkel. Ich sehnte mich so nach dem Feste.“

Ihr kleines, kaltes Händchen lag in der schön gepflegten Hand mit dem schmalen Goldreifen.

Ein seltsam Pächeln huschte im Entgleiten flüchtig um den süßen Andermunde. Und auf ihren Lippen stand dann mit schweigender Sprache, daß das große Fest zu ihr gekommen sei. ...

Margot war tot.

Das Fest.

Skizze von Hilbe Hügle-Karlruhe.

Heute war der Tag, an dem das Fest sein sollte. Das große Abschiedsfest zu Ehren ausgeschiedener Kollegen und Kolleginnen des Telegraphenamtes.

Tramhaft schwer lag es an diesem Morgen in Margots verzagtem Herzen. Sie hatte bis zur Stunde noch gehofft, daß sich irgendwas Unbestimmtes ereignen müsse — irgendwas — damit auch sie an dem gewiß sehr schönen Feste teilnehmen konnte.

Sie hatte gehofft, daß irgendwer kam, der sie einladen würde ... dem es lieb wäre, sie unter den Gästen zu sehen. Ganz richtig war das ja eigentlich nicht, denn geladen waren alle, die für den besonderen Abend dienstfrei waren. Also auch sie. Aber dennoch — so lag es nun einmal in Margots kleinem Herzen, daß es so fest glaubte, es müsse irgend jemand sie in besonderer Liebe um ihr Kommen bitten.

Sie gehörte nun einmal nicht zu den anderen, die gerne den neuzeitlichen Weg der Selbstständigkeit als ein gebührendes Recht für sich in Anspruch nehmen. Es war vielmehr etwas von kindhafter Ungelenkigkeit, von verschloffenen, edigen Wesen an der kleinen, stillen Margot, trotz ihrer zwanzig Jahre.

Man sah es ihr an, daß jeder Tag für sie eher eine Sorge, als eine Freude brachte — und daß ihr ganzes Sein oft in rührender Hilflosigkeit der Anlehnung bedurfte. Als man vor geraumer Zeit herabschlugte und Vorbereitungen zum heutigen Feste traf, da dachte Margot nie im Ernst daran, teilzunehmen. Denn man sprach von der „großen Operntoilette“, von den eleganten Tanzschuhen — und sonst von allerhand Klein- und Großram, den schönen Frauen bei solchem Anlaß haben müssen.

Margot hat aber keinen „Dunkel“ und auch keinen „Vetter“, der zu Geburts- oder Namenstagen mit so feinkühnigen Verweisen derlei wichtige Dinge zu schenken weiß. Das Einkommen ist klein ... es bliebe da vielleicht nur die Möglichkeit im alten, schwarzen Tuchkleidchen ... aber nein, nein das ginge wirklich nicht an. Und es muß ja auch nicht sein, daß sie, klein Margot, dabei ist. Bis vor

Briefkasten der Redaktion.

P. S. S. Ein fester Satz für Aufwertung von Restkaufgeldforderungen ist in der Verordnung vom 14. 5. 1924 nicht angegeben. Die Frage wird durch die §§ 28, 29 ff. a. a. geregelt. Sie können das Kreisgericht (Sąd powiatowy) anrufen.

Herrn Th. P. 1. Die Aufwertung beträgt 15 Prozent. Die rückständigen Zinsen werden zum Kapital geschlagen und ebenso wie dieses berechnet. 2. Jetzt gelten die ursprünglich vereinbarten Zinsen, nämlich 5 Prozent.

Herrn B. J. 1. Mit wieviel Prozent der Vorkriegsmiete die Mietzahlung am 1. Juni v. J. begann, hing von der Größe der Wohnung ab. Da Sie uns die Zimmerzahl Ihrer Wohnung nicht angegeben haben, können wir Ihnen auch nicht angeben, ob die jetzige Forderung Ihres Miets begründet ist oder nicht. 2. Wenn die Miete die Hälfte der Vorkriegsmiete erreicht hat, fallen die Nebengebühren außer dem Wajerszins weg.

Herrn S. S. in R. 1. Sie haben Anspruch auf beträchtlich höhere Aufwertung; ein bestimmter Satz ist aber im Gesetz nicht vorgesehen. Sie können ja das Gericht zur Entscheidung anrufen. 2. Bezüglich des Restkaufgeldes müssen wir Sie auf die vielfachen Auskünfte in derselben Sache im Briefkasten verweisen.

Besitzer P. in R. 1. Bezüglich der rückständigen Zinsen für Restkaufgeld sind in der Verordnung vom 14. 5. 1924 keine besonderen Bestimmungen getroffen. Wenn keine Einigung stattfindet, entscheidet auf Anrufung das Gericht. 2. Von Aufwertung Ihres Geschäftsanteils an der Fabrik kann u. E. keine Rede sein. Wenden Sie sich doch an den Vorstand um Auskunft über den Stand der Verhältnisse.

Fr. 2300. Restkaufgeld sind die 36 000 Mark wohl nicht, sondern es handelt sich um Aufwertung von Verfügungen von Todeswegen, die aber bezüglich der Aufwertung ungefähr ebenso rangieren, wie Restkaufgeld, d. h. höher als Darlehensforderungen, auch wenn sie hypothekarisch gesichert sind. Wenn Sie sich untereinander über die Höhe der Aufwertung nicht einigen können, können Sie das Kreisgericht anrufen.

Herrn E. S. in R. Gemäß § 34, Ziff. II, Ziff. 12 Allgem. Landrecht ist die Unterhaltung der Schulgebäude als gemeine Last von allen zu einer Schule gemieteten Einwohnern ohne Unterschied zu tragen. — Ob die Gutsbesitzer die auf dem Gute gemachten und gewonnenen Materialien (Rohmaterialien), soweit sie hinreichend auf dem Gute vorhanden sind und zum Bau notwendig sind, unentgeltlich zu verabfolgen hat, hängt davon ab, ob die Schule sich auf dem Gute befindet. — Wenn Sie zu der betr. Schule gehören, werden Sie wohl zu den Lasten herangezogen werden können.

Handels-Rundschau.

Warschau, 5. März. Die Zollvereinfachungen für gewisse Waren, die aus dem Ausland nach Polen eingeführt werden, die auf Grund der Verordnung vom 12. Dezember 1924 bestehen und bis zum 27. Februar d. J. Geltung haben sollten, verpflichten weiter ohne Befreiung eines Zolls, bis eine neue Verordnung in dieser Angelegenheit herausgegeben wird.

Einkünfte aus dem Spiritusmonopol. Die Einkünfte aus dem Spiritusmonopol wachsen systematisch. Im Monat Januar ergab das Spiritusmonopol 5,2 Millionen Zloty, in den zwei ersten Dezembertagen des Monats Februar bereits rund 9 Millionen Zloty.

Import von Tabakzeugnissen verlangt. Die kaufmännischen Verbände Polens haben an den Finanzminister eine Denkschrift gesandt, in der die Herausgabe einer Verordnung verlangt wird, durch die der Import von Tabakzeugnissen geregelt werden soll.

Nach Ansicht der Kaufleute würde dies den starken Zigarren- und Zigarettenhandel nach Polen bedeutend einschränken. Der Staatsfiskus könnte seine Einkünfte in Gestalt von Zöllen und Konsumsteuer regeln. Außerdem würde das Bedürfnis der Raucher nach ausländischen Erzeugnissen auf legalen Wege befriedigt werden. In anderen Staaten, wie zum Beispiel Frankreich und Italien, ist trotz des dort bestehenden Tabakmonopols der Import von Tabakzeugnissen gestattet. Das polnische Gesetz über das Tabakmonopol verbietet übrigens nicht den Import.

Der polnisch-tschechoslowakische Handelsvertrag scheint nunmehr doch endlich dem Abschluss entgegenzugehen. Auf die vielen und großen Schwierigkeiten, die sich namentlich aus den polnischen Forderungen hinsichtlich einer bedeutenden Erhöhung des Importkontingents für Kohlen, sowie der Ermäßigung der Transitarziffe ergaben, haben wir schon vor einiger Zeit näher hingewiesen. Der Teil des Vertrages, der sich auf den polnisch-tschechoslowakischen Güter- und Transitverkehr bezieht, ist jedoch bereits unterzeichnet worden. Die Frage der Einfuhr polnischer Kohle nach der Tschechoslowakei scheint indessen noch nicht restlos geklärt zu sein. Ebenso bestehen noch Differenzen wegen des Ausfuhrkontingents für Naphthaerzeugnisse auf Grund der kürzlich von uns gemeldeten Verhandlungen zwischen dem polnischen Naphthakartell und den tschechoslowakischen Raffinerien berücksichtigt worden. Auch in der Ziereneinfuhr ist man zu einer Einigung gelangt. Voraussichtlich wird der polnische Zoll für das tschechoslowakische Bier um 50 Proz. ermäßigt werden. Jedoch soll die Zollermäßigung nur soviel betragen, daß polnisches Bier jenseits den doppelten Preis des polnischen Biers haben wird. Für tschechoslowakische Weine ist eine Zollermäßigung von 40 Prozent in Aussicht genommen, für Druckpapier von 80 Prozent, für Fein- und Rinderfleischwaren von 25 Prozent, Getreiden und Getreideprodukten von 30–100 Prozent. Unerwarteterweise ist für tschechoslowakisches Spiegelglas keine Zollermäßigung verlangt worden. Weitere Zugeständnisse, die der Tschechoslowakei gemacht werden sollen, beziehen sich in der Hauptsache auf landwirtschaftliche Maschinen und solche technische Einrichtungen, die in Polen nicht hergestellt werden.

Die polnische Kontrolle über die Holzaußfuhr durch die dortigen Verwaltungsbehörden wird jetzt abgebaut. Bei dem Export von Holzladungen brauchen insbesondere die Frachtbriele nicht mehr mit dem Vermerk der zuständigen Bezirksbehörde versehen zu werden.

Der polnische Ausfuhrzoll auf Elfenbein ist, wie wir schon neulich ankündigten, nunmehr von 2 auf 5 Zloty je 100 Kgr. erhöht worden, und zwar mit rückwirkender Kraft vom 13. Februar. Auch, die nur 2 1/2 Prozent oder weniger Öl enthalten, können mit Genehmigung des Finanzministers zollfrei ausgeführt werden.

Der Kaserneverband G. m. b. H., Kattowitz, errichtet in Groß-Haszud ein neues Werk zur Herstellung von Endzeugnissen, die für die Textilindustrie bestimmt sind, sowie auch eine Kohlen- und Gasaufbereitungsanlage mit den neuesten technischen Einrichtungen ausgestattet werden soll.

Die Kohlenförderung Polens-Oberschlesiens hat (nach den soeben veröffentlichten abschließenden Daten) für 1924 insgesamt 23 761 877 Tonnen betragen. Der Inlandsabfall betrug 9 575 472 und der Auslandsabfall 11 144 026 Tonnen. Die stärkste Förderung war im November, die geringste im August, der stärkste Export im Mai und Oktober, der schwächste im August.

Geldmarkt.

Warschauer Börse vom 5. März. Umsätze. Verkauf — Kauf. Belgien 26,14, 26,20–26,08; Holland 207,75, 208,25–207,25; London 24,77 1/2, 24,84–24,71; Neuport 5,18 1/2, 5,20–5,17; Paris 26,45, 26,51–26,39; Prag 15,43, 15,46–15,40; Schweiz 99,93, 100,18–99,88; Wien 73,12 1/2, 73,31–72,84; Italien 20,97, 21,02–20,92.

Amstelsche Devisenkurse der Danziger Börse vom 5. März. In Danziger Gulden wurden notiert für: Banknoten: 100 Reichsmark 125,885 Geld, 126,465 Brief; 100 Zloty 101,73 Geld, 102,23 Brief; Schell London 25,205 Geld, 25,205 Brief. — Telegraph. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 125,175 Geld, 125,175 Brief; Berlin Reichsmark 125,735 Geld, 126,365 Brief; Neuport 1 Dollar 5,2780 Geld, 5,3045 Brief; Holland 100 Gulden 210,25 Geld, 211,90 Brief; Zürich 100 Franken 101,19 Geld, 102,01 Brief; Paris 100 Franken 26,88 Geld, 27,02 Brief; Warschau 100 Zloty 101,27 Geld, 101,78 Brief.

Kärntner Börse vom 5. März. (Amstelsch.) Neuport 5,20 1/2, London 24,79, Paris 26,45, Wien 73,30, Prag 15,43, Italien 20,99, Belgien 26,24 1/2, Holland 207,75, Berlin 123,85.

Die Bank Polsti zahlte heute für 1 Goldmark 1,22 Zl., 1 Dollar, große Scheine 5,16 1/2 Zl., kleine Scheine 5,16 Zl., 1 Pfund Sterling 24,54 Zl., 100 Schweizer Franken 99,89 Zl., 100 franz. Franken 26,21 Zl.

Aktienmarkt.

Kurse der Warschauer Börse vom 5. März. Für nom. 1000 Wz. in Zloty. Wertpapiere und Obligationen: Grop. Rity abozome Riemkwa Krb. 10,50–10,60. — Bankaktien: Amstelsch, Polsti i Ska. 1.–8. Em. 6,00. Bank Poznanski 1. bis 3. Em. 0,50. Bank Przemyslawow 1.–2. Em. 6,50–6,75. Polsti Bank Danb., Poznan, 1.–9. Em. 3,90–4,00. Bank M. Stad. Hagen, Bydgoszcz, 1.–4. Em. 11,00. — Industrieaktien: Browar Krotoszynski 1.–5. Em. 2,75. S. Cegielski 1.–10. Em. f. 50 Zl. 37,50. Centrala Stör 1.–5. Em. 3,50. Cufrownia Zduny 1.–3. Em. 60,00. Garbarnia Sawicki, Dolenica, 1.–2. Em. 0,05. Goplana 1.–3. Em. 9,25. Gurtornia Stör 1.–4. Em. 0,60. Persch-Biktorius 1.–3. Em. 6,40. Ruban, Fabryka przym. ziem. 1.–4. Em. (exkl. Kupon) 188. Dr. Roman Man 1.–5. Em. 36,50. Pionierski 1.–2. Em. 0,30–0,35. Piechcin, Fabr. Wapna i Cementu 1.–2. Em. 8,25. Polno 1.–3. Em. 0,32. Poan. Spilka Drzewna 1.–7. Em. 1,10. „Tri“ 1.–8. Em. 14,00. Wisla, Bydgoszcz, 1. bis 3. Em. 13,00–12,00. Wyrobny Ceramiczne Krot. 1.–2. Em. 4,25. Tendenz: behauptet.

Produktenmarkt.

Danziger Produktenbericht vom 5. März. (Amstelsch.) Preis pro Zentner in Danziger Gulden. Weizen 128–130 Pf. unverändert 19,75–20, Weizen 120–122 Pf. unverändert 17,75–18,50, Roggen 118–118 Pf. fester 17,50–17,75; Gerste feine unverändert 15,40–15,90, geringe unverändert 14,50–15,20, Hafer unverändert 14–15,00, Kleins Erbsen unverändert 12–13, Viktoriaerbsen unverändert 15–18, Roggenkleie unverändert 11,75, Weizenkleie unverändert 12, Weizenhale unverändert 13. Großhandelspreise per 50 Kgr. waggongreif Danzig.

Die und Fette.

Bemberg, 5. März. Nachfrage nach Kolofonium zum Preise von 12,60 Dollar für 100 Kgr. Großer Bedarf an Rindsfett zur Seifenfabrikation bei mangelndem Angebot. Rizinussöl in Kanistern zu 10 Kgr. zu 3,20 Zl., Kanister zu 5 Kgr. zu 3,25 Zl. für 1 Kgr. belgischer Herkunft. Öl Marke „Einart Monopol“ notiert 2,60–2,70 Zl. für 1 Kgr. Verkehr sehr gering, Transaktionen werden nur gegen Wechsel vorgenommen.

Wasserstandsrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 5. März in Krakau — 2,00 (2,00), Zawichost 1,69 (1,40), Warschau 1,10 (1,09), Plock 0,88 (0,87), Thorn 0,85 (0,85), Jordan 1,00 (0,99), Culm 1,01 (1,02), Graubenz 1,04 (1,04), Kurebrat 1,57 (1,55), Montan 0,95 (0,96), Pielaf 0,98 (0,94), Dirschau 0,79 (0,79), Einlage 2,00 (2,00), Schierewort 2,30 (2,28) Meter. Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.

oto grafien
Passbilder
zu staunend billigen Preisen liefert sofort
Atelier Viktoria
nur Gdańska (Danzigerstr.) 19. 3221

Riefernkloben
Kistliches Holz, verkauft und erbittet schriftliche Anfragen 3181
P. Rathmann, Łazek,
pow. Świecie, Pomorze.

4 unrep. Dampfdruckmaschinen deutsch und engl. Fabr., 8 u. 10 P.S., neu,
2 Deuker Benzolotomobilen neu,
1 Deering-Binder neu, 5 Fuß breit,
Drillmaschinen 2–3 m breit,
Drehmaschinen-turbowellenbiegemaschine, neu, 1300 kg,
1 Sandfranze mit Schere, 500 kg, 2155
1 Sauggasmotor 16 P. S., Sille,
1 eif. Schornstein 13 m hoch, 46 cm I. B., 7 mm Blechstärke,
1 Automotor 4 Zyl., 5/15, neu,
1 Motorboot 1,75 m lang, 7,7 m breit, verkauft
Bruno Riedel,
Maschinenfabrik und Eisengießerei,
Konig-Chojnice, Pomorze.

Familien-Drucksachen
in bester Ausführung
fertigt schnell und preiswert
A. Dittmann, G. m. b. H.,
Buch- u. Kunstdruckerei
Bromberg-Bydgoszcz
Wilhelmstr. 16. Telefon Nr. 61.

Milch
die wir zum Verkauf bringen, ist pasteurisiert (hoch erhitzt), d. h. bakterienfrei, 4.90
Schweizerhof
G. m. b. H.,
Molkerei und Dampf-
bäckerei,
Wieliczka, Ostpommern.

Metallbetten
für Kinder und Erwachsene
Matratzen
in allen Größen
Waschtische
Waschgarnituren
A. HENSEL
Dworcowa 97. Telefon 193 u. 408.

Dom. Jastrzebie (Sallenhof)
Post Drzycim (Dritschmin), Kr. Świecie (Schweg)
hat nachstehende Saatkartoffel-Sorten abzugeben:
Original P. G. G. Müllers frühe
P. G. G. Blücher
„
Al. Spiegeler Gilefia
Unerkannte Saaten:
Kark, v. Kameke
Deodara
Barnassia
als Anbaustation für die deutsch-polnische Saatzucht G. m. b. H. — Zamarte. —
Züchter v. Kameke — Stredentin. —

Willi Kirchhoff, Zivil-Ingenieur,
Tel. 227. Bydgoszcz, Chodkiewicza 36. Tel. 227
Diesel-Motoren
Fabr. Hille-Werke, Dresden
von 6–600 P. S. 3135
für Industrie u. Landwirtschaft,
fahrbar und stationär
Verbrauch bis 161 g/P. S./Std.
Müllerel-Maschinen
Walzenstühle
Plansichter
erstklassige Fabrikate, kurze
Lieferzeiten. Erleichterte
Zahlungen. Beste Referenzen.

Achtung!
Elektro-Beleuchtungs- u. Kraftanlagen
für eigenen Betrieb auf Gütern, Mühlen,
Molkereien u. ähnlichen Betrieben führt aus
Elektrotechnische Werkstat
W. Spomer, Bydgoszcz,
Marcinowskiego 8b.
Eigenhändige Arbeit. Gute Materialien.
Konkurrenzlose Preise. 1926

Buchene Holzkohlen
eingetroffen, 3327
August Appelt,
Tel. 109 Naruszewicza 5. Tel. 109

Sabe abzugeben:
Chalöff u. Sigoma-Häfer
III. Absatz zur Saat separat, 20% über Höchstpreis.
Heilsfranken-Gerste
III. Absatz 20% über Höchstpreis. Muster auf Wunsch. Rasse im Voraus oder nachnahme. Sade werden zum Selbstkostenpreis berechnet. 3295
A. Ziehm, Greblin b. Subkowy.
100 Ztr. Schwedentlee
oder Gelblee, billigt gesucht. 3283
Dom. Rotomierz, pow. Bydgoszcz.

Großes Unternehmen der Fettindustrie mit dem Sitze in Warschau sucht einen
Vertreter
für Bromberg. Nur solide, in den breitesten Kreisen der Abnehmer von Fettwaren gut eingeführte Bewerber, wollen ihre Offerten unter „WPT. 60“ an „Towarzystwo Reklamy Miedzynarodowej“ jen. rep.
Rudolf Mosse, Warszawa,
Marszałkowska 124
einsenden. Referenzen erstster Firmen, Industrie- und Handelsunternehmungen oder Banken sind unerlässlich. 3411

Offentl. Verkauf.
In einer Streiftische verkaufe ich an Meistbietenden auf fremde Rechnung, am Montag, den 9. d. M., um 3 Uhr nachm. in m. Bureau u. l. Dworcowa Nr. 95
300 Ztr. Geradella
lt. Probe.
W. Junk, 3406
zaprzysiężony egzaminowany przy Izbie Przemysłowo-Handlowej w Bydgoszczy.

Därme
Schulz, 1908
Dworcowa 18 d.

Achtung!
Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend findet großer Fleischverkauf auf d. Freibank statt.
Rantholz
von 10/10–16/18 cm, unter Angabe der D. 20 u. 23 mm einige Waggons **Schalbretter** start, zu kaufen gesucht. Gef. Zuschriften unter N. 3405 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Kirchenzettel.
* Bedeutet anschließend Abendmahlfeier.
Fr. = Freitagen.
Sonntag, den 8. März 25. (Remin.)
Bromberg. Pauls- Kirche. Vorm. 10 Uhr: Sup. „Hermann“. 1/12 Uhr: Abd. Gottesdienst im Gemeindeh. Nachm. 3 Uhr: Nachmittagsgottesdienst i. Gemeindehause, Sup. „Hermann“. Nachm. 5 Uhr: weibl. Jugendpflege im Gemeindehause. Donnerstag, abds. 8 Uhr: 2. Passionsandacht i. Gemeindeh., Sup. „Hermann“. Ev. Pfarrkirche. Vorm. 10 Uhr: Pfarrer Seidel. 11/12 Uhr: Fe. = 12 Uhr: Kindergottesdienst. Dienstag, abds. 7/12 Uhr: Blaukreuzversammlung im Konfirmandensaal.
Christliche Kirche. Brom. 10 Uhr: Gottesdienst. Pf. Rastbach. 11/12 Uhr: Abd. Gottesdienst i. Gemeindehause. Nachm. 4 Uhr: Gottesdienst in Miltthal. Pf. Rastbach. Mittwoch, abds. 8 Uhr: Evangl. Verein Junger Mäde i. Gemeindehause.
Luther-Kirche. Franzenstraße 87/88. Brom. 10 Uhr: Gottesdienst. Pf. Rastbach. 11/12 Uhr: Abd. Gottesdienst. Nachm. 4 Uhr: Delamatorium „Elias“ mit Chorgesang im Gemeindehause. Mittwoch, abds. 8 Uhr: 3. Passionsandacht i. Gemeindehause.
Ev. luth. Kirche. Postenstraße 13. Brom. 10 Uhr: Fe. = Gottesdienst. Freitag, abds. 7/12 Uhr: Passionsgottesdienst.
Christl. Gemeinschaft. Marcinowskiego (Schierewort) 8 b. Nachm. 2: Sonntagsschule. Nachm. 4/4 Uhr: Jugendbund. 5 Uhr: Evangelisationsversammlung. Mittwoch, abds. 8 Uhr: Bibelstunde.
Baptisten-Gemeinde. Komarowa 26. Brom. 9/12 Uhr: Gottesdienst. Pred. Beder. 11 Uhr: Sonntagsschule. Nachm. 4 Uhr: Gottesdienst. Pred. Beder. 5/12 Uhr: Jugendverein. Donnerstag, abds. 7 Uhr: Bibel- und Bettelstunde.
Schleusenau. Brom. 10 Uhr: Gottesdienst, danach Kinder-Gottesdienst. Donnerstag, abds. 7 Uhr: Bibelstunde. Blumwe's Kinderheim.
Schrottersdorf. Brom. 10 Uhr: Gottesdienst, danach Kindergottesdienst. Al. Bartel. Nachm. 4 Uhr: Passionsandacht. Weino. Nachm. 10 Uhr: Gottesdienst. Nachm. 2 Uhr: Außergottesdienst in Hammer. Mittwoch, abds. 6 Uhr: Passionsandacht.
Natol. Brom. 10 Uhr: Gottesdienst i. Wilhelmst. Dorf. Nachm. 5 Uhr: Gottesdienst in Natol. Mittwoch, abds. 6 Uhr: 3. Passionsandacht.

Heute in zwei Kinos, im „NOWOŚCI“ und im „LIBERTY“,
festliche Premiere des monumentalsten Weltfilms, eines Films für Alle

NIBELUNGEN

hergestellt von der „UFA-DECLA“ in Berlin.

Regie: **Friedrich Lang.**

In den Hauptrollen:

Kriemhilde - **Margarete Schön** | König Gunther - **Theodor Loos**
Brunhilde - **Hanna Ralph** | Volker - **Bernhard Goetzke**
Siegfried - **Paul Richter** | Hagen - **Johann Schletow**
König Balamir - **Rudolf Klein-Rogge.**

Die musikalische Zusammensetzung beider Kinos wurde zur Symphoniebesetzung
komplettiert. Im musikalischen Programm: der unsterbliche **Richard Wagner.**
Passepartouts und sämtliche Ehreintrittskarten mit Ausnahme der amtlichen
und der Pressekarten am Freitag, Sonnabend und Sonntag ungültig.

Im Kino
NOWOŚCI

Beginn der Vorstellung:
6.50 und 9.00 Uhr.

Im Kino
LIBERTY

Beginn der Vorstellung:
6.30 und 8.40 Uhr.

Aufruf!

Zu den tragischsten Erscheinungen unseres
Wirtschaftslebens ist die **Arbeitslosigkeit** zu
rechnen. Hunderte von Vätern und Familien-
unterhaltern werden von der Gewalt der
Verhältnisse aus den Reihen der freien Bürger
gerissen, indem ihnen brutal das Verfügen-
srecht über ihr einziges Vermögen, d. i. die
Arbeit ihrer Hände genommen wird.

Die um die Verdienstmöglichkeit Gebrachten
müssen mit Bitterkeit und Verzweiflung auf
ihre Kinder schauen. Die Folgen der Arbeits-
losigkeit machen sich am schrecklichsten an diesen
unglücklichen Gestalten geltend, welche sich vor
niemandem und nirgends sehen lassen können.
Das Los dieser Kinder rührt jeden, der nicht
des Mitgefühls und des Gewissens beraubt
ist. Die blassen, unentwickelten, nackten und
kropflosen Kleinen strecken ihre Händchen
zu Vater und Mutter aus und rufen nach Brot!

Aus diesen Kindern soll das kommende
Geschlecht der Bürger entstehen. Diese Kinder
sind die Zukunft des Volkes.

Mitbürger! Lassen wir nicht zu, daß die-
ses Geschlecht verarmt und verkrüppelt!
Retten wir die Kinder vor Hunger und Krank-
heit! Bringen wir ihnen einen Bissen Nah-
rung, warme Kleidung und Schuhe!

Der Magistrat, um die Inanspruchnahme
dieser Aktion gebeten, wendet sich auf diesem
Wege an Bürger und Bürgerinnen, um mit
vereinten Kräften Rettung u. Hilfe zu bringen.
Alle Spenden zu diesem Zwecke, Bargeld
und Kleidungsstücke bitten wir an das **Städt.
Fürsorgeamt (Urząd Opieki Społecznej),
ul. Bernardynska Nr. 1** zu senden.

Für den Magistrat:
(-) **Dr. Gliwinski** Stadtpräsident
(-) **Centkowski** Stabsarzt (-) **Muchowski** Stabsarzt
(-) **Golabek** (-) **Dzierzgowski** (-) **Roszał.**

Polizeiverordnung.

Auf Grund des § 154 des Viehsteu-
ergesetzes vom 26. 6. 1909 (G. S. 519) sowie
der Ausführungsverordnungen hierzu vom 7. 12.
1911 (G. S. 4) ordne ich für die Zeit der
Gefahr der Ausbreitung der Maul- und Klauen-
seuche für den Stadtbezirk Bydgoszcz fol-
gendes an:

§ 1. Es wird allen Milchhandlungen
und Milchgeschäften verboten Milch im
zu gefährlichen Zustande zu verabfolgen. Dem
Kochen entspricht eine Sterilisierung mit
Wasserdampf bis 85° R.

§ 2. Milchkannen und Gefäße, in denen
den Wiederverkäufern die Milch geliefert wird,
sind den Lieferanten erst nach vorhergegangener
gründlicher Desinfektion zurückzugeben.

§ 3. Vorstehende Verordnung tritt sofort
in Wirksamkeit.

§ 4. Uebertretungen derselben werden im
Sinne der Strafbestimmungen (III) des vor-
genannten Gesetzes bestraft.

Bydgoszcz, am 5. März 1925.

Miejski Urząd Policyjny
(-) **Hanczowski.**

PL. VI. 1481/25.

Ueberlieferung.

Zwangsversteigerung.

Am **Sonnabend, den 7. März, 10 Uhr**
vormittags, werde ich in **Bydgoszcz, Dwor-
cowa 72**, auf dem Hof der **Fa. Hartwig**

10 Stücke Tuch und
1 Pferd (Wallach) 8-10 Jahre
alt, verkauft.

Preuschoff,
komornik sądowy, Bydgoszcz,
Śniadeckich 26.

Ueberlieferung.

Zwangsversteigerung.

Am **Sonnabend, den 7. März, 11 Uhr**
vorm., werde ich in **Bydgoszcz, Poznańska 26**,
an den Meistbietenden gegen Barzahlung

1 neuen Kleiderschrank
verkauft.

Preuschoff,
komornik sądowy, Bydgoszcz,
Śniadeckich 26.

Bekanntmachung.

Wegen Ermäßigung der Beiträge von 6% auf 6% des festgesetzten Grundlohnes, gilt vom 2. März 1925
nachstehende Tabelle für Berechnung der Rassenbeiträge und Leistungen:

Verdienst						Der Beitrag beträgt:												Krankengeld						Sterbegeld						Der tägliche Grundlohn beträgt	
täg-lich		wö-chent-lich		mo-nat-lich		Lohnklasse	wöchentlich ausnehmen		Für den Ver-beitnehm. %		Für den Ver-beitgeber %		4 Wo-chen		5 Wo-chen		für Erwerbs-unfähige		im Kran-kenhause mit Fa-milien-mitglied.		allein-lebende		für den Ver-sicherten		für Familien-mitglieder		Der tägliche Grundlohn beträgt				
zł	gr	zł	gr	zł	gr		zł	gr	zł	gr	zł	gr	zł	gr	zł	gr	zł	gr	zł	gr	zł	gr	zł	gr	zł	gr	zł	gr	zł	gr	
1	00	6	00	25	00	1	0	31	0	12	0	19	1	24	1	55	0	45	0	22	0	08	15	75	7	87	0	75	0	75	
1	50	9	00	37	50	2	0	52	0	20	0	32	2	08	2	60	0	75	0	37	0	12	26	25	13	12	1	25	1	25	
2	00	12	00	50	00	3	0	73	0	29	0	44	2	92	3	65	1	05	0	52	0	18	36	75	18	37	1	75	1	75	
2	50	15	00	62	50	4	0	94	0	37	0	57	3	76	4	70	1	35	0	67	0	23	47	25	23	62	2	25	2	25	
3	00	18	00	75	00	5	1	15	0	46	0	69	4	60	5	75	1	65	0	82	0	27	57	75	28	87	2	75	2	75	
4	00	24	00	100	00	6	1	47	0	58	0	89	5	88	7	35	2	10	1	05	0	35	73	50	36	75	3	50	3	50	
5	00	30	00	125	00	7	1	89	0	75	1	14	7	56	9	45	2	70	1	35	0	45	94	50	47	25	4	50	4	50	
6	00	36	00	150	00	8	2	31	0	92	1	39	9	24	11	55	3	30	1	65	0	55	115	50	57	75	5	50	5	50	
7	00	42	00	175	00	9	2	73	1	09	1	64	10	92	13	65	3	90	1	95	0	65	136	50	68	25	6	50	6	50	
8	00	48	00	200	00	10	3	15	1	26	1	89	12	60	15	75	4	50	2	25	0	75	157	50	78	75	7	50	7	50	
9	00	54	00	225	00	11	3	57	1	42	2	15	14	28	17	85	5	10	2	55	0	85	178	50	89	25	8	50	8	50	
10	50	63	00	262	50	12	4	09	1	63	2	46	16	36	20	45	5	85	2	92	0	98	204	75	102	37	9	75	9	75	
12	50	75	00	312	50	13	4	83	1	93	2	90	19	32	24	15	6	90	3	45	1	15	241	50	120	75	11	50	11	50	
über																															
12	50	75	00	312	50	14	5	25	2	10	3	15	21	00	26	25	7	50	3	75	1	25	262	50	131	25	12	50	12	50	

Zarząd Powiatowej Kasy Chorych w Bydgoszczy.

Ernst Stein, Bydgoszcz-Okole
97 Grunwaldzka 97

Empfehle meiner werten Kundschaft

**Kostümfabrik, Mantelfabrik, Kleiderstoffe, Rock-
stoffe, Blusenstoffe und Anzugstoffe** darunter
viele Auslandsware, feder- und daunendichte **Inlette,
Schürzenstoffe, Hemdentuche, Bettleinen,
Damaste** in allen Breiten
Friedensqualität

Kleider, Blusen und Schürzen gut und billig
Eigene Fabrikate

**Künstlergardinen und Meterware, Kaffeedecken,
Taschentücher, Handtücher, Kopftüch., Herren-
hüte, Wäsche, Trikotag., Strümpfe, Handschuhe**
sowie alle anderen Kurzwaren.

Gute, reelle Bedienung zugesichert.

Für Ziergärten!

**Freiland-
rhododendron**

Freilandazaleen

Magnolien

Gibcinen

Cotoniaaster

Schneepflanzen

Coniferen

großes Sortiment von

Staudengewächsen

u. verschiedene bessere

Pflanzengattungen

für den Ziergarten.

empfehle

in größter Auswahl!

Jul. Roß

Gartenbaubetrieb

Sw. Trócy Nr. 15.

Fernruf 48.

Neu u. Umarbeitg. von

Damenbüten

Evangelisches Gemeindehaus
zu Schwendehöhe.

Sonntag, d. 8. März, nachmittags 4 Uhr:

Deffamatorium „Elias“

mit Chor- und Solo-Gesang.

Jedermann herzlich eingeladen. Eintritt frei.

Saßahn, Pfarrer.

„Sportbrüder“

Seute abend 8 1/2 Uhr

Monatsversammlung.

Donnerstag, den 12. März,

abends 8 Uhr, im Cioillafino

Universitätsprofessor

Richard Hamann, Marburg

„Expressionismus

und Kultur der Gegenwart.“

(Mit Lichtbildern).

Eintrittskarten in d. Buchhandl. G. Secht Nachf.

**Gold Silber,
tauft S. Grawunder**

Bahnhofstr. 20.

Walzen

f. Schrotmühlen schärfen

Br. no Nibel,

Konig-Chojnice. 1515

Kino Kristal.

Heute, Freitag, 6²⁰
unwiderruflich zum letzten Male

zu bedeutend herabgesetzten Preisen
um einem Jeden die Möglichkeit zu geben, sich dieses
einzig dastehende Filmkunstwerk anzusehen.

Die zehn Gebote.

in 14 Akten (Ganzes)

nur um 620

Abends 8⁴⁵ Premiere!

der große Schlager der Saison 1924/25.

Die Stadt der Vergnügungssucht.

Erotisches Drama aus dem geheimnisvollen Pariser

Nachtleben in 9 gewaltigen Akten

mit den berühmten russischen Schauspielern

J. Mozzuchin u. Lisienko.

Als Beiprogramm: Die Lieblinge des Publikums

in ihrer letzten Darbietung:

„Die Schmuggler“

15 Akte

Normale

Eintrittspreise.

15 Akte

Schindeldächer

Neudeckungen und
Reparaturen werden
unter günstigen Jah-
lungsbedingungen
ausgeführt.

H. Kugmann, Danzig.
Sintergasse 31. II.

Deutsche Bühne

Bydgoszcz L. 3.

Freitag, den 6. März

8 Uhr:

Zum 1. Male!

Renaissance.

Verkaufspiel von Fr.

v. Schönan u. Roppel

Elfeld.

Verkauf Donnerstag

in Johnes Buchhandl.

Freitag a. d. Theater-

kasse.

Sonntag, den 8. März

8 Uhr:

Außer Abonnement!

Renaissance.

Freier Verkauf Frei-

tag u. Sonnabend in

Johnes Buchhandlung.

Sonntag a. d. Theaterl.

Zur Mitwirkung: in

Gesangspartien werd.

jüngere, intelligente,

stimmbegabte

Herren

m. Eignung zur Bühne

zum Eintritt in das

Ensemble d. Deutschen

Bühne aufgefordert!

Im Eignungstalle w.

die erforderl. Gesangl.

Vorbildung durch eine

fachmännische Lehr-

traft kostenlos erteilt.

Die Oberleitung:

Dr. Tige.